

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **„Will sich Israel wirklich auf den Friedensprozess einlassen?“ Ein Gespräch mit Moshe Zuckermann – Seite 4**
- **Nach der Wahl in Schleswig-Holstein – Seite 8**
- **Antifaschistische Kommunalpolitik in Entwicklung – Seite 12**
- **Abschluss ver.di für die öffentlichen Dienste: Umstritten und halbherzig – Seite 15**
- **Dresden 2005: Die Wehrlosigkeit des Dritten Reiches im Frühjahr 1945 – eine deutsche Geschichts-Erfindung – Seite 19**

Ausgabe Nr. 4 am 24. Februar 2005, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 624701, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Direktmandate: Aus drei mach fünf

Bundestag, 25.1. rül. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen Gesetzesentwurf eingebracht, der durch eine Korrektur der Direktmandats-Regelung der PDS die Rückkehr in den Bundestag schwerer machen soll. Die sogenannte „Drei-Direktmandate-Regelung“ soll geändert werden. Bisher kann eine Partei, die drei Direktmandate erringt, in den Bundestag auch dann einziehen, wenn sie bundesweit weniger als 5 Prozent der Stimmen erreicht. Das war der PDS zum Beispiel 1994 gelungen, sie erreichte zwar nicht die 5 Prozent, aber drei Direktmandate, und zog dann mit einer Stärke proportional zu den bundesweit erzielten Stimmen in den Bundestag ein. Die CDU/CSU will nun in § 6 des Bundeswahlgesetzes „die Zahl bei der Grundmandatsklausel von drei auf fünf“ erhöhen. „Die Zahl der notwendigen Mandate ist seit der Wiedervereinigung unverändert geblieben, obwohl sich damals sowohl die Zahl der Wahlberechtigten absolut als auch die Zahl der relativ notwendigen Stimmen für die Überwindung der 5%-Sperrklausel deutlich erhöht hat“, lautet ihre Begründung (Drucksache 15/4718). Wenn schon die Hürden für den Einzug in den Bundestag höher geworden sind, dann muss das auch für andere Bestandteile des Wahlgesetzes gelten, ist die Logik des Antrags. In ihrer Begründung führt die Union diese Logik weiter aus. 1998 seien bundesweit 2.355.288 Zweitstimmen erforderlich gewesen, um das 5%-Quorum zu erreichen und in den Bundestag einzuziehen. Bei der gleichen Wahl hätten angeblich rund 180.000 Erststimmen gereicht, um drei Direktmandate zu erringen. Das sei ein „Verstoß gegen die Wahlrechtsgleichheit“ und „verfassungsrechtlich bedenklich“. Spannend wird sein, wie sich die anderen Parteien zu dem Vorstoß verhalten. Immerhin könnte der Vorstoß der Union auch ihnen ganz recht sein.

Erneute Festnahme eines Kurden

Azadi, 16.2. alk. Dass die politisch Verantwortlichen in Deutschland nicht an einer Korrektur ihrer bisherigen Kriminalisierungspolitik interessiert sind, zeigt die Verhaftung des Kurden Ismet A. am 8. Februar 2005 in Berlin. Ihm wirft die Bundesanwaltschaft (BAW) Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) vor. Er soll im Jahre 2001 für ein halbes Jahr dem „Funktionärskörper“ der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) angehört und die „PKK-Region Nord-West“ geleitet haben. Die Verhaftung des stellvertretenden Kongra-Gel-Vorsitzenden Dr. Remzi Kartal am 22. Januar in Deutschland aufgrund

eines Auslieferungsantrags der Türkei belegen die enge und abgestimmte deutsch-türkische Kooperation: Beide Länder dokumentieren Einigkeit in dem Bestreben, der kurdischen Bewegung das Wasser abgraben zu wollen. Auch die jüngste Festnahme von Ismet A. passt sich in diese Strategie ein. Azadi verurteilt diese unfriedliche, auf Konfliktverschärfung orientierte Politik und fordert die Freilassung von Herrn Dr. Kartal und aller kurdischen Gefangenen, die wegen ihrer politischen Betätigung in deutschen Gefängnissen inhaftiert sind. (Azadi: Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland e.V.)

Nachbesserungen bei Hartz IV gefordert

sovd.de, 11.2. alk. Inzwischen ziehen verschiedene Sozialverbände erste Bilanz nach der Einführung des Arbeitslosengeldes II. Stellvertretend seien die Forderungen des Sozialverbandes SoVD dokumentiert:

„Bei der Umsetzung von Hartz IV treten eine Reihe von Problemen auf. Den dringlichsten Nachbesserungsbedarf sehen wir in den folgenden acht Punkten:

- Vor allem in Optionskommunen werden Empfänger von Arbeitslosengeld II ohne Einzelfallprüfung zum Umzug aufgefordert. Solche Formschriften sind rechtswidrig.

- Trotz Härtefallregelung bei der Krankenversicherung bleiben noch Regelungslücken: Vielen früheren Sozialhilfeempfängern bleibt der Weg zur freiwilligen Versicherung in der gesetzlichen Krankenkasse trotz Härtefallzuschuss versperrt, weil sie die notwendigen Vorversicherungszeiten nicht erfüllen. Für diese Menschen muss dringend eine Lösung gefunden werden.

- Für erwerbsfähige behinderte Menschen entstehen durch Hartz IV Rechtsunsicherheiten, die beseitigt werden müssen. Einige Optionskommunen sind fälschlicherweise der Ansicht, dass sie nicht für die berufliche Wiedereingliederung behinderter Menschen zuständig sind.

- Die Regelsätze für das Arbeitslosengeld II sind zu niedrig bemessen. Sie sichern nicht das Existenzminimum. Wir fordern daher eine unverzügliche Neubemessung der Regelsätze. Wir fordern gleiche Regelsätze für Ost und West.

- Die niedrigen Zuverdienstgrenzen für Arbeitslosengeld II-Bezieher sind kontraproduktiv. Anstatt einen Anreiz zur Arbeitsaufnahme zu bieten, wird das Gegenteil erreicht. Wir fordern einen Grundfreibetrag von mindestens 240 Euro. Damit können auch Fehlansätze gegenüber Ein-Euro-Jobs vermieden werden.

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

- Der Kinderzuschlag, der Familien mit geringem Einkommen vor der Bedürftigkeit schützen soll, führt in vielen Fällen zu einer massiven Ungleichbehandlung von Familien. Der Kinderzuschlag blockiert den Bezug von Arbeitslosengeld II, mit dem sich viele der Betroffenen besser stellen würden.
- Das Schonvermögen für die Altersvorsorge ist zu gering. Wir fordern daher, den Grundfreibetrag wieder zu erhöhen.
- Bereits abgeschlossene Vereinbarungen der Arbeitsagenturen mit Arbeitslosen über 58 Jahren, die den Bezug von Arbeitslosenhilfe bis zum Renteneintritt vorsahen, müssen eingehalten werden. Entgegen der Vereinbarung erhalten sie jetzt das niedrigere Arbeitslosengeld II. Das ist Vertragsbruch. Drei Musterklagen von SoVD-Mitgliedern sind bereits anhängig.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Auswirkungen der Einführung von Hartz IV sorgfältig zu prüfen, Fehlentwicklungen zu korrigieren und unsere Vorschläge für Nachbesserungen aufzugreifen.“

„Streitkräftereserve-Neuordnungsgesetz“ – Wehrdienst verweigern wird schwerer

www.kampagne.de, 18.2. maf. Ein neues Wehrdienstgesetz erschwert, dass der Wehrdienst verweigert werden kann und macht es dem Staat leichter, unbefristete Waffendienst zu fordern. Das kritisiert die „Kampagne gegen Wehrpflicht Zwangsdienste und Militär“ an dem neuen „Streitkräftereserve-Neuordnungsgesetz“, das am 17.2. im Bundestag von SPD, Grünen und FDP beschlossen wurde und ab März gilt. Danach können Wehrpflichtige, die unentschuldig der Musterung fernbleiben und durch die Polizei nicht zur Musterung vorgeführt werden, nach „Aktenlage“ auf ihre Tauglichkeit „geprüft“ werden – auch ohne dass sie gesundheitlich untersucht werden. Außerdem gelte der Ausnahmezustand schon im „Bündnisfall“, wie ihn der Terrorangriff 2001 auf das World Trade Center in New York auslöste. Der Ausnahmezustand im „Verteidigungsfall“ beruhe darauf, dass die Bundesrepublik „mit Waffengewalt“ angegriffen werde oder ein solcher Angriff unmittelbar drohe. Beim „Spannungsfall“ hingegen gelte der Ausnahmezustand schon dann, wenn einem der Bündnispartner der Nato oder der EU eine militärische Gefahr oder ein Angriff drohe. Im September 2001 habe der NATO-Rat den „Bündnisfall“ festgelegt. Dieser sei bis heute nicht aufgehoben worden. Die Bundesregierung müsse dem Ausnahmezustand zustimmen. Sie habe das Gesetz in den Bundestag eingebracht. Damit würden die Wehrpflichtigen „in einem noch stärkeren Maße zu einer Personalersatzmas-



Gefolgschaftsschwur

Faz, 19.2. scc. Der Bundesrat hat auf Antrag der niedersächsischen CDU-Regierung beschlossen, einen Gesetzentwurf über die Eidesleistung bei Einbürgerungen einzubringen. Dem Gesetzentwurf zufolge soll vor der Einbürgerung ein Schwur bzw. ein Gelöbnis abgelegt werden, dessen Worte wie von Niedersachsen beantragt lauten sollen: „Ich schwöre (gelobe), dass ich als deutscher Staatsangehöriger (deutsche Staatsangehörige) das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland achten und alles unterlassen werde, was dem deutsche Staat schaden könnte.“ Wer nicht bereit ist, den Eid mit oder ohne religiöse Beteuerung abzulegen, erhält die deutsche Staatsbürgerschaft nicht. Auch in den USA etwa müssen Einwanderer, bevor sie die Staatsbürgerschaft erhalten, einen Eid auf die Verfassung und die US-Gesetze leisten. Jährlich finden dann am 17. September, dem Jahrestag der Verabschiedung der amerikanischen Verfassung, im Rahmen des Citizenship Day große Zeremonien statt, bei denen jeweils Tausende neuer Staatsbürger willkommen heißen und ihnen die Urkunden ausgehändigt werden (siehe Bild). Die Einwanderer treten mit ihrem Eid sozusagen dem Verfassungsvertrag bei. Solche Traditionen sind der Bundesratsmehrheit fremd. Ihr geht es nicht um einen Vertrag, sondern in eher feudaler Tradition um einen Gefolgschaftsschwur auf den „deutschen Staat“.

se“, auf die die Bundeswehr nach Bedarf zurückgreifen könne, sagt der Sprecher der Kampagne Ralf Siemens. Die Wehrpflicht werde von der „Pflicht zur Landesverteidigung“ entkoppelt, und die militärische Rekrutierung für Auslandseinsätze erleichtert.

EADS-Grenzsicherungsvertrag mit Rumänien wird neu verhandelt

Heise online, 21.2. hav. Der Vertrag für die Implementierung des integrierten Grenzsicherungssystems in Rumänien wird neu verhandelt. Wie sich nach Recherchen der rumänischen Tageszeitung „Romania Libera“ herausstellte, erhielt das deutsch-französische Unternehmen European Aeronautic Defense and Space Company (EADS), den Riesenauftrag über eine Milliarde Euro ohne die gesetzlich vorgesehene öffentliche Ausschreibung. Die am 12. Dezember 2004 neu gewählte Regierung unter Präsident Traian Basescu will die in der letzten Legislaturperiode vom rumänischen Haushalt großzügig bezahlten Auslandsaufträge eingehend untersuchen. Fast alle Unterzeichner der Verträge auf Regierungsseite hätten nach den Vertragsabschlüssen über Nacht ihr

Vermögen auf wundersame Weise vermehrt.

Der Vertrag der vorherigen Regierung von Premier Adrian Nastase mit EADS wurde am 12. August 2004 in Bukarest in Anwesenheit von Bundeskanzler Schröder feierlich unterschrieben. Es sah die technische Ausrüstung der 3147 Kilometer langen Grenze vor, einschließlich zum EU-Land Ungarn und zu Bulgarien, das gemeinsam mit Rumänien ab 2007 der EU beitreten soll. Teile der Kosten aus dem Vertrag wären damit für die Sicherung einer EU-Binnengrenze entstanden. Laut einer Mitteilung von EADS sieht der Vertrag die Aufrüstung von „184 Dienststellen und Trainingszentren an der Akademie der Grenzpolizei vor“. In Kooperation mit Siemens „und anderen Partnern“ würden Überwachungssysteme wie Infrarotkameras, eine Führungs- und Kontrollsoftware sowie eine Kommunikations- und IT-Infrastruktur errichtet. Darüber hinaus verantwortet EADS die technische Integration der Systeme auf Plattformen wie Hubschrauber, Schiffe, Grenzkontrollfahrzeuge und die individuelle Aufrüstung der Grenzpolizisten.

Zusammenstellung: alk

Das israelische Kabinett hat am 20. Februar mit einer Mehrheit von 17 zu 5 den Rückzug aus dem Gaza-Streifen und dem nördlichen Westjordanland beschlossen. Das bedeutet, dass bis Ende September alle 22 israelischen Siedlungen im Gaza-Streifen und vier Siedlungen im Westjordanland aufgelöst werden. Gleichzeitig hat das Kabinett eine Korrektur des Sperrwalls beschlossen. Er wird nicht abgerissen, er wird auch nicht auf der so genannten „Grünen Linie“, der Waffenstillstandslinie von 1949, errichtet, sondern trennt immer noch rund 7% des Territoriums des Westjordanlands mit rund 10.000 Bewohnern vom Rest ab und schlägt sie der israelischen Seite zu. So bleibt offen, ob mit diesem Schritt, mit dem die Regierung einem Urteil des Obersten Gerichtshofes Israels nachkam, die Palästinenser abgespeist werden, oder ob er zur Dynamik eines Prozesses beiträgt, an dessen Ende für beide Seiten akzeptable Friedensvereinbarungen stehen. Ähnliches gilt für die beginnende Entlassung palästinensischer Gefangener und die Entscheidung, die Häuserzerstörungen in den palästinensischen Gebieten einzustellen. Das Israelische Komitee gegen Häuserzerstörungen begrüßt den Beschluss grundsätzlich, kritisiert ihn aber zugleich als „zu spät und zu wenig“.

Die Demonstration von Zehntausenden israelischen Siedlern und ihren politischen Freunden aus der israelischen Rechten vor kurzem macht deutlich, dass der Rückzugsbeschluss in Israel selbst erst noch durchgesetzt werden muss. In den nächsten Tagen werden die betroffenen rund 8000 Siedler schriftlich davon in Kenntnis gesetzt, dass der Aufenthalt in den für die Räumung vorgesehenen Siedlungen spätestens in fünf Monaten als Straftat verfolgt wird. Zehntausende Soldaten und Polizisten werden aufgeboten, um die Räumung durchzusetzen. Aber in der Armee gibt es auch viel Widerstand gegen den Rückzug. Siedleraktivisten präsentierten jüngst 10.000 Unterschriften aktiver Soldaten und Reservisten, die sich weigern, „Juden zu deportieren“, wie es in dem Text heißt. Andere Siedler demonstrierten ihre Entschlossenheit, auch mit Gewalt den Rückzug zu verhindern, indem sie Finanzminister Netanjahu angriffen – selbst Netanjahu, der gegen den Rückzugsplan stimmte.

Wir dokumentieren ein Interview, das Moshe Zuckermann, Marxist und Leiter des Instituts für deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv, dem jungen Welt-Korrespondenten Andreas Grünwald anlässlich mehrerer Veranstaltungen in Hamburg gab. Moshe Zuckermann zählt zu den israelischen Persönlichkeiten, die sich seit langem für eine friedliche Lösung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern einsetzt. scc

Gespräch mit Moshe Zuckermann über innergesellschaftliche Spannungen in Israel, Voraussetzungen für eine Lösung des Konflikts mit den Palästinensern und Antisemitismus in Europa

„Will sich Israel wirklich auf den Friedensprozess einlassen?“

Im Dezember hat Israels Ministerpräsident Ariel Scharon ein gutes Jahr für sein Land angekündigt. Er bezog dies auf den israelisch-palästinensischen Konflikt, aber auch auf den ökonomischen Bereich. Ist ein Ausweg aus der Wirtschaftskrise erkennbar?

Das ist miteinander verschwistert. Ein Grund für die ökonomische Krise ist die Intifada, ist der israelisch-palästinensische Krieg. Ohne politischen Aufschwung kann es keinen ökonomischen geben. Kommt es zu einer Neubelebung des Friedensprozesses, könnte es sein, dass die Wirtschaft wieder anspringt.

Das Statistische Amt meldete, dass mehr als eine Million Menschen unterhalb der Armutsgrenze leben. Ist die israelische Gesellschaft eine zerrissene Gesellschaft?

Die Zerrissenheit der israelischen Gesellschaft ist seit vielen Jahren durch mehrere Konfliktachsen gekennzeichnet: die jüdisch-arabische, sowohl in Israel als auch in den in den besetzten Gebieten; die Konfliktachse zwischen orientalischen und ashkenasischen Juden; der Konflikt zwischen religiösen und säkularen Juden. Hinzu kommen Klassendiskrepanzen, wobei sich aber ethnische und klassenmäßige Widersprüche überlappen. Ashkenasische Juden sind weitgehend die, die die oberen Schichten der Gesellschaft ausmachen. In den unteren Schichten dominieren orientalische Juden. Darunter sind die Araber. Noch tiefer stehen die 350.000 Gastarbeiter aus Thailand, den Philippinen, Rumänien oder Schwarzafrika. Seit 50 Jahren ist die israelische Gesellschaft mehrfach zersplittert. Ob das zum Tragen kommt, ist immer auch davon abhängig, ob es äußere Konflikte gibt. In Kriegszeiten oder bei größeren Auseinandersetzungen mit der arabischen oder palästinensischen Seite sind die inneren Konflikte weniger sichtbar. In der Tat leben etwa 20 Prozent der Bevölkerung unterhalb der vom Staat selbst gesetzten Armutsgrenze. Darunter viele Araber, Äthiopier, orthodoxe Juden. Vermutlich auch viele der über eine Million in den 90er Jahren zugewanderten russischen Einwanderer.



Moshe Zuckermann auf einer Veranstaltung von ver.di in Hamburg. Bild: Andreas Grünwald

Im Nahost-Konflikt gibt es seit der Wahl von Mahmoud Abbas, besser bekannt als Abu Mazen, zum neuen palästinensischen Präsidenten wieder Hoffnung. Warum entschieden sich die Palästinenser eigentlich für den Wunschkandidaten von Scharon und Georg W. Bush?

Abu Mazen ist von den palästinensischen Wählern mit über 60 Prozent gewählt worden. Das hatte sicherlich mit dem Vakuum nach dem charismatischen Arafat, der aber ausgegrenzt und ausgeschaltet war, zu tun. Gewählt wurde Abu Mazen, weil er die palästinensische Gesellschaft repräsentiert. Wer hätte denn sonst gewählt werden sollen? Die Hamas und der Dschihad tragen die palästinensische Gesellschaft nicht. Dass Abu Mazen auch der Wunschkandidat von Bush und Scharon gewesen ist, geht damit einher, dass sich auch die Palästinenser mehr ins Einvernehmen mit Israel und der Hegemonialmacht USA setzen möchten. Die große Frage ist, ob er, ohne dabei die Interessen der Palästinenser zu verraten, die anstehenden politischen Fragen auch mit Scharon aushandeln kann. Das muss man sehen.

Ist das nicht auch Ausdruck eines Erschöpfungszustandes in der palästinensischen Gesellschaft?

Das ist zweifelsfrei auch Ausdruck eines Erschöpfungszustandes. Den kann ich auch daran festmachen, was ich von palästinensischen Kollegen hörte, als ich sie fragte, wie sie den Plan von Scharon beurteilen, sich aus dem Gazastreifen zurückzuziehen. Dieser Abzug soll ja auch bedeuten, dass man bei der Frage der Westbank freie Hand behält, den Besatzungszustand zu zementieren. Das wäre aber eine Garantie dafür, dass es da nur schlimm aussehen kann. Palästinensische Kollegen aus dem Gazastreifen sagten mir, dass sie derartig die Schnauze voll haben von israelischen Siedlern und Militär und dermaßen ausgepowert sind, dass sie einfach eine Zeit der Ruhe brauchen. Unabhängig davon, ob die Absichten von Scharon nun honorig sind oder nicht, wäre allein schon der Abzug aus dem Gazastreifen positiv. In der Tat ist auch die palästinensische Gesellschaft von Erschöpfung gekennzeichnet. Man redet immer vom Kampf. Aber dieser kostet gesellschaftliche und ökonomische Ressourcen.

Nach einer Meinungsumfrage vom Juni 2004 unterstützen 57 Prozent der Palästinenser eine Zwei-Staaten-Lösung, 24 Prozent sehen in der Gründung eines binationalen Staates eine Lösung, nur zwölf Prozent wollen die Schaffung eines islamischen Staates.

Dass die Palästinenser eine Zwei-Staaten-Lösung wollen, ist nichts Neues. Die große Frage ist eher, ob Israel daran interessiert ist, und wenn ja, an welcher Zwei-Staaten-Lösung? Wenn die Zwei-Staaten-Lösung bedeutet: Israel zieht sich aus dem Gazastreifen und der Westbank zurück, dann würde der Frieden schon morgen von palästinensischer Seite zu haben sein. Auf der israelischen Seite bei weitem nicht. Für Scharon ist mitnichten abgemacht, dass er die Westbank oder deren größten Teil zurückgeben will.

Der Gush-Shalom-Aktivist Uri Avnery schrieb, dass die Chance für die Aussöhnung von Juden und Palästinensern nie größer gewesen sei, als jetzt. Teilen sie diese Einschätzung?

Ja. Dauerhafter Frieden ist aber nur zu erreichen, wenn die israelische Politik bereit ist, vier Bedingungen zu akzeptieren: Abzug aus den besetzten Gebieten, Räumung der Siedlungen, die Lösung der Jerusalem-Frage im Sinne einer Zwei-Staatenlösung, eine zumindest prinzipielle, also symbolische Anerkennung des Rückkehrrechts der Palästinenser. Bei letzterem geht es vor allem um eine symbolische Anerkennung dieses Rückkehrrechts. Darunter wird es sich von den Palästinensern niemand leisten können, einen Frieden mit Israel zu schließen. Ob dies mit Scharon ausgehandelt werden kann, bleibt für mich fraglich. Aber ich lasse mich gern überraschen.

Kann die Scharon-Regierung die Räumung der Siedlungen im Gazastreifen innenpolitisch überhaupt durchhalten?

Der Gazastreifen ist ein Klacks. Das kann durchgehalten werden, wenn man es will. Ich gehe davon aus, dass auch Scharon dies will. Die große Frage ist nicht der Gazastreifen, sondern die Westbank. Das ist der neuralgische

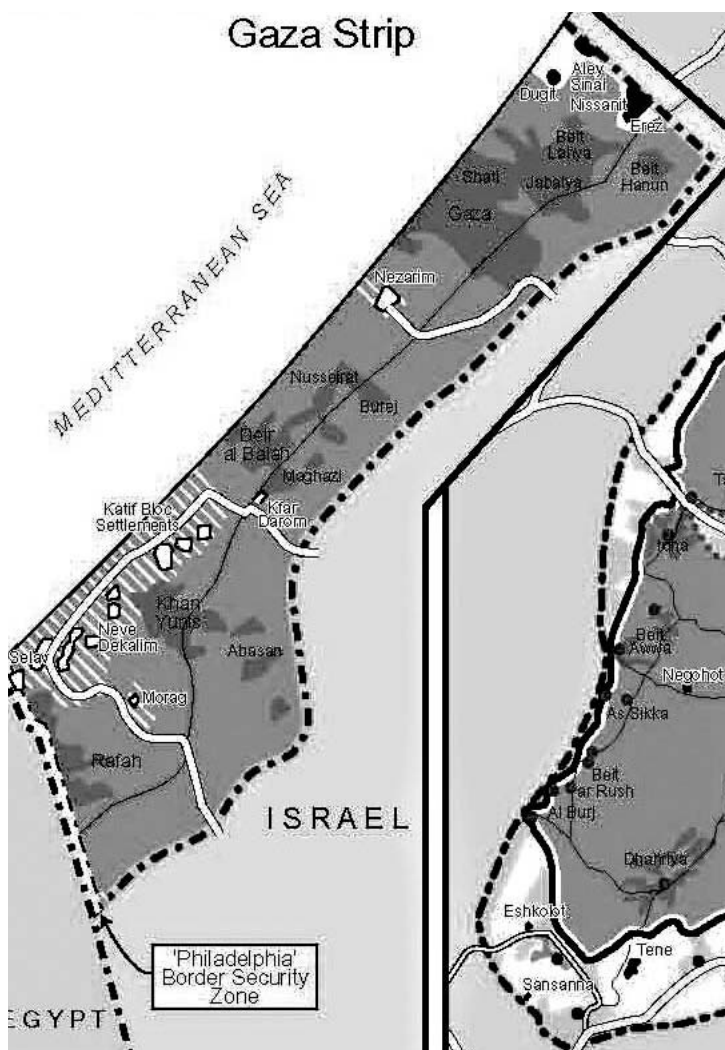
Punkt. Im Gazastreifen gibt es 6.000 bis 7.000 jüdische Siedler. In der Westbank sind es 220.000. Wenn es um die Räumung dieser Siedlungen gehen würde, ginge es ans Eingemachte. Da gibt es niemanden in Israel, der das so ohne weiteres durchführen kann. Ich vermute sogar, dass das zu bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen führen könnte.

Aber dann ist doch Gaza eher ein Alibi, um gleichzeitig die Siedlungspolitik in der Westbank nicht nur beizubehalten, sondern sogar noch zu verstärken?

Wenn „Peace Now“ jetzt zum Beispiel sagt, dass mit dem Gazastreifen ein Anfang gemacht ist, dann will ich dem nicht widersprechen. Was mit der Westbank wird, müssen wir abwarten. Das ist im Moment nicht aktuell. Im Gegenteil: Es passiert genau das, was Sie in ihrer Frage angezeigt haben.

Prinzipiell ist die Frage eine andere: Will man sich auf einen Friedensprozess wirklich einlassen? Solche politischen Prozesse halte ich nicht von vornherein für abgeschlossen. Da gibt es viel Dynamik. Ich glaube, dass Israel vor einer

historischen Weggabelung steht, und deshalb hat der unilaterale Rückzug aus dem Gazastreifen auch politische Bedeutung. Der Weg zum Frieden führt über die vier Bedingungen, die ich genannt hatte. Das schließt dann natürlich irgendwann das Problem der Westbank ein. Schon jetzt bei der Diskussion um den Gazastreifen gab es in Israel heftige Proteste von rechts außen. Auch das zeigt, was hier in Bewegung kommen könnte. Es ist ein schwieriger Weg. Stellen Sie sich vor: Israel beschließt einen Rückzug aus der Westbank. Für national-religiöse Juden ist das eine nahezu endzeitliche Forderung, bei der sie sagen könnten: „Nur über unsere Leiche“. Damit könnte die Frage eines Bürgerkriegs aufgeworfen sein. Dies wird auch bei Umfragen unter den Siedlern deutlich. Ein Teil würde sich auch mit Gewalt gegen einen Abzug wehren. Tausende Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere unterstützten eine Petition, sich dann Befehlen zu verweigern. Die Gefahr ist vielen bewusst, zumindest ahnen sie diese. Aber was ist, wenn Israel diesen Beschluss nicht fasst? Dann gibt es entweder eine Situation der Apartheid oder es bilden sich – objektiv und längerfristig – binationale Strukturen heraus. Aus rein zionistischer Sicht, ist das die Wahl



Die Karte zeigt die israelischen Siedlungen im Gazastreifen (gestricheltes Territorium). Die israelische Armee bewacht die paar Tausend Siedler und die Straßen, die ihre Siedlungen mit Israel verbinden. Die Palästinenser leben ganz überwiegend in großer Armut. Seit dem 6-Tage-Krieg leben sie unter israelischer Besatzung.

zwischen Pest und Cholera. Das ist der reale Zustand, das ist aber auch die historische Weggabelung, von der ich rede.

Im Jahr 1967 hat man den Apfel in den Mund genommen, war weder in der Lage, diesen herunterzuschlucken, noch ihn wieder auszuspuken. Man erstickt an ihm im Moment. Es gibt keinen dritten Weg. Vogel-Strauß-Politik führt nicht weiter. Eher dazu, dass das Land weiter von Terror und permanenter Wirtschaftskrise gebeutelt ist. Die große Mehrheit wünscht sich Frieden. Aber der Frieden hat einen Preis. Die Entscheidung steht an.

Unter den vier Bedingungen, die Sie genannt hatten, ist doch auch die Forderung nach einem Rückkehrrecht ein sehr neuralgischer Punkt.

In der Tat, denn die Rückkehr würde im wörtlichen Sinne ja nicht bedeuten, in einen palästinensischen Staat zurückzukehren. Die Flüchtlinge kommen ja aus dem israelischen Kernland, aus dem sie 1948 vertrieben worden oder geflüchtet sind. Im Rahmen einer Zwei-Staatenlösung wäre die Einwanderung in den palästinensischen Staat möglich, weil es eben der Nationalstaat der Palästinenser wäre. Natürlich wäre das dann auch eine Frage, wie man die Gesellschaft ausbauen kann, die Infrastruktur, die Ökonomie und so weiter. Das Rückkehrrecht nach Israel kann entsprechend begrenzt sein. Darum habe ich von einem symbolischen oder prinzipiellen Recht gesprochen, denn mehr als zum Beispiel 200.000 Menschen wird Israel nicht aufnehmen wollen, denn die israelische Seite will ja den jüdischen Charakter des Staates wahren. Das ist zumindest der Standpunkt des Zionismus, und der wird von der großen Bevölkerungsmehrheit geteilt. Israel ist ein Staat, den die Juden gegründet haben, damit sie einen Nationalstaat haben. Das ist einer der Gründe, warum diese Frage des Rückkehrrechts ein so neuralgischer Punkt ist. Die Frage des Rückkehrrechts ist nicht nur eine Frage der Flüchtlinge, sondern eine, inwieweit sich Palästinenser und Israelis überhaupt auf eine Zwei-Staatenlösung einlassen. Haben sie sich auf eine solche eingelassen, ist die Frage des Rückkehrrechts insofern gelöst, als dass damit ja auch der Staat Israel als ein vornehmlich jüdischer Staat anerkannt wäre, wie auch der der Palästinenser.

Eine ganz andere Frage ist, wie sich dann die großen ökonomischen Probleme gestalten. Ich halte eine Staatsgründung der Palästinenser ohne eine Öffnung des Arbeitsmarktes in Richtung Israel zum Beispiel für nicht denkbar. Geht es längerfristig nicht auch um kon-



Bewaffnete Siedler (oben); israelisch-palästinensische Demonstration gegen die Mauer (unten)

föderative Lösungen?

Die Probleme im Nahen Osten sind so gelagert – nehmen sie das Problem der Wasserversorgung –, dass man längerfristig in konföderativen Strukturen denken muss. Das heißt, dass Israel, Jordanien, Syrien und Palästina dann prüfen müssen, wie man gemeinsame Probleme angeht. Das können sie auch als eigenständige Nationalstaaten, die eng kooperieren. Früher oder später wird es dann sowieso zu einer Verflüssigung solcher Grenzen kommen. Ich glaube, dass die Zukunft der Nationalstaaten begrenzt ist.

Zu einer anderen Frage. Das US State Department hat eine Studie herausgegeben, die sich mit der Zunahme des Antisemitismus in Europa beschäftigt. Das sei – so die Studie – mit dem Zuzug von Muslimen verbunden. Was halten Sie davon?

Auf eine Studie, die vom State Department ausgeht, würde ich mich nie berufen wollen. Das ist von vornherein ideologisch verdächtig. Warum beschäftigt sich das State Department jetzt mit dem europäischen Antisemitismus und den Muslimen? Das hat doch mit der Politik der USA in der arabischen Welt zu tun, mit dem „Krieg gegen den Terror“. Antisemitismus, Antizionismus und Antiamerikanismus sind drei Paar Schuhe. Israel-Kritik kann betrieben werden, ohne dass man antizionistisch ist. Man kann antizionistisch sein, ohne antisemitisch zu sein. Man kann auch antisemitisch sein, Israel und den Zionismus hassen und die Amerikaner

ebenfalls. Umgekehrt ist es möglich, die Amerikaner zu bewundern und trotzdem antisemitisch zu sein. Das eine hängt mit dem anderen nicht zusammen. Von seinen Ursprüngen her ist der Islam nicht antisemitisch. Der Antisemitismus kommt aus dem Abendland. Antisemitismus im Islam ist erst durch den Konflikt Israel-Palästina relevant geworden. Es gibt in der Tat Formen des Antisemitismus, die mit dem Islam zusammenhängen. Etwa nach folgendem Muster: Der Islam reagiert auf den Westen im antikolonialistischen Sinne. Der Westen wird mit Amerika gleichgesetzt. Amerika wird mit dem Kapitalismus gleichgesetzt. Der Kapitalismus wird mit der Zirkulationssphäre gleichgesetzt. Die Zirkulationssphäre wird schließlich mit dem Juden gleichgesetzt. Die antisemitische Formel entsteht so aus einem Ursprung, der zunächst nur etwas mit dem Ressentiment des Islam gegenüber dem Westen als dem Träger des Kolonialismus zu tun hat. Das jetzt

als Regel für den Islam zu setzen, ist aber eher eine Sache, die die ideologischen Bedürfnisse des State Department bedient.

Es gibt in der Tat einen besorgniserregenden Anstieg des Antisemitismus in Europa. Die nach Europa gezogenen Islamisten mögen dabei eine Rolle spielen. Ich glaube, dass dieser Anstieg des Antisemitismus aber eher mit ganz anderen Ursachen zu tun hat. Mit sozialökonomischen Diskrepanzen, mit abgebrochenen Lebenswelten, mit anderen Problemen, die innergesellschaftlich eine Rolle spielen. Ich glaube auch nicht, dass der Antisemitismus heute noch eine größere Rolle für die Juden in der Welt spielt. Womit haben wir es tatsächlich zu tun, wenn wir vom europäischen Antisemitismus reden? Ich glaube, wir haben es mit dem Problem zu tun, dass aus der Verschmelzung von erster, zweiter und dritter Welt in Europa ein zunehmender Fremdenhass entsteht. Mit dem Zufluss entstehen soziale Spannungen, besonders in den ehemaligen Kolonialländern. Der europäische Rassismus und Faschismus hat eher etwas mit Europa zu tun als mit dem Zuzug von Islamisten. Warum aber kommen immer mehr Menschen aus der sogenannten dritten Welt in die erste? Das ist ziemlich klar: Weil es nichts zu fressen gibt – und dann suchen sich die Leute eben einen anderen Ort, wo es was gibt.

Das Interview führte Andreas Grünwald. Es erschien in der Jungen Welt am 19./20. Februar. Wir bedanken uns für die Genehmigung zum Nachdruck.

Das Bündnis formiert sich

Während an den Stationen seiner Europareise Tausende Menschen unter der Parole „Not welcome, Mr. Bush“ gegen den Besuch des US-Präsidenten demonstrieren, demonstrieren Bush auf der einen und die Vertreter der europäischen Mächte und der EU auf der anderen Seite neuen Schulterschluss. Bush eröffnet seine Europareise, bei der er zum ersten Mal auch die EU besucht, damit, eine neue Ära der transatlantischen Beziehungen zu beschwören: „Amerika unterstützt ein starkes Europa, weil wir einen starken Partner bei der harten Arbeit, die Freiheit in der Welt voranzubringen, brauchen.“¹

Ein erstes, mehr als nur symbolisches Ergebnis der beschworenen Partnerschaft ist eine gemeinsame Erklärung von Bush und dem französischen Präsidenten Chirac zu Syrien. Darin verlangen sie kategorisch die unverzügliche Umsetzung der Resolution 1559 des UN-Sicherheitsrates, also den Abzug der 14 000 syrischen Soldaten aus dem Libanon. Brisant ist die gemeinsame Erklärung vor dem Hintergrund der Entwicklung im Libanon und der Verschärfung der US-Drohungen gegen Syrien. Die USA machen Syrien für die Ermordung des früheren libanesischen Ministerpräsidenten Hariri verantwortlich, obwohl es dafür keinerlei Beweis gibt und die durch das Attentat ausgelöste Krise nicht zuletzt Syrien schadet. Sie haben ihren Botschafter abgezogen und weitere diplomatische und wirtschaftliche Sanktionen angekündigt. Bereits im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg hatten die USA Syrien als weiteren Störfaktor der „Modernisierung“ des Nahen und Mittleren Ostens ausgemacht und im letzten Jahr mit einer Reihe von Sanktionen belegt, Exportverbote, Einfrieren der Finanzbeziehungen und syrischer Vermögensgüter. Dass jetzt der ehemalige Kolonialherr in Syrien, Frankreich, sich demonstrativ an die Seite der USA stellt, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Bereitschaft der europäischen Mächte, sich maßgeblich an der imperialen Neuordnung des Mittleren Ostens zu beteiligen.

Diese Bereitschaft strahlt auch die Rede aus, die Gerhard Schröder von seinem Verteidigungsminister auf der Münchner Sicherheitskonferenz vortragen ließ². Schröder hebt die „Mitverantwortung“ hervor, die die BRD Deutschland für „internationale Stabilität und Ord-

nung“ übernommen hat, und begründet aus den zunehmenden Auslandseinsätzen der Bundeswehr ein Recht auf „Mitsprache“ als Ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat.

Irritation und teilweise offenen Ärger rief nicht nur beim alten und neuen US-Verteidigungsminister Rumsfeld, sondern auch bei Vertretern der EU und von EU-Mitgliedern hervor, dass Schröder ein stärkeres Gewicht der EU in der „transatlantischen Zusammenarbeit“ im Rahmen der Nato verlangte und entsprechende Reformen der Nato einforderte. Tatsächlich scheint Schröder seinen Vorstoß zuvor nicht abgesprochen und seine EU-Kollegen vor den Kopf gestoßen zu haben. So manchem Partner dürfte herbe aufgestoßen sein, wie sich Schröder zum Sachwalter „Europas“ aufschwang und dabei deutsche Großmachtambitionen kaum verbarg.³ Aber schon wenige Tage darauf hat etwa EU-Chefdiplomat Solana, der sich zuerst verärgert zeigt, Schröder unterstützt und gefordert, die EU und die USA müssten sich zukünftig besser abstimmen. Schröders Vorschläge sollen dem Vernehmen nach jedenfalls beim Nato-Rat am 22.2. auf der Tagesordnung stehen.

Über dem Geplänkel um die zukünftige Rollenverteilung im transatlantischen Bündnis sollte man nicht die breite Basis an Gemeinsamkeit übersehen, von der Schröder wie selbstverständlich ausgeht. Diese Gemeinsamkeit drückt sich aus im „Wir“ in Abgrenzung vom Rest der Welt und damit im Verhältnis zwischen „uns“ als jenen, die mit „große[n] sicherheitspolitische[n] Herausforderungen“ konfrontiert sind und eben jenen, die „uns“ diese Herausforderungen aufbürden. „Unser Engagement muss dazu beitragen, die Modernisierungskrise in weiten Teilen der Welt, nicht zuletzt der islamisch-arabischen, zu überwinden. (...) Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, guter Regierungsführung, wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, Bildungschancen, Frauenrechten und des

Erhalten der natürlichen Lebensgrundlagen ... Diese Ziele verfolgen wir mit unseren Partnern in der Region des Mittleren Ostens ...“ Hier ist der Anspruch auf Herrschaft, ist die Konfrontation mit dem Rest der Welt und zunächst vor allem mit dem Mittleren Osten angelegt, deren „Modernisierungskrisen“ zu lösen oder Verhältnisse zu ordnen sich die USA und die europäischen Mächte, namentlich Deutschland, berufen sehen.

Dass es auch auf der Grundlage der bestehenden Verhältnisse eine Alternative zu dieser im Kern aggressiven Außenpolitik gibt, machten jetzt 27 ehemalige Nahost-Botschafter der DDR und der BRD klar, die sich mit einem Schreiben an das Europäische Parlament wandten, sich besorgt über die Zunahme von Feindbildern äußerten und ein Umdenken in der europäischen Politik forderten. In einem Interview in der *jungen Welt*⁴ führte der frühere DDR-Botschafter in Kuwait, Arne Seifert, dazu aus: „Wir müssen die Friedensfrage in den Mittelpunkt stellen (...) Wenn es Europa gelingt, zur Vertrauensbildung überzugehen und schnell und pragmatisch zu Ergebnissen zu kommen, dann würde dieses Signal in der islamischen Welt positiv aufgenommen. Die antiwestliche Stimmung in der islamischen Welt reicht bis in die Kolonialzeit zurück – das zu reparieren erfordert einen längeren Prozess, der aber jetzt beginnen muss. Europa muss sich auf eine lange Periode einstellen, in der die gesellschaftspolitischen Bewegungen der islamischen Länder ihre Forderungen auf Grundlage des Islam zum Ausdruck bringen. Wir sind der Auffassung, dass Europa Vorschläge für eine Irak-Regelung unterstützen sollte, die aus dem arabischen Raum kommen. Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Mussa, setzt sich z.B. für die Beendigung der Okkupation ein; für einen Truppenabzug nach einem Zeitplan; für den Wiederaufbau des Irak, der von den Irakern selbst geplant und beschlossen sein muss; für die volle Selbstbestimmung ihrer Zukunft durch die Iraker selbst und nicht durch Fremde.“ Und: „Wir wären dankbar, wenn wir zu einer breiteren Diskussion über die Frage kommen könnten, wie wir zum Frieden mit der islamischen Welt zurückkehren.“

scc



1 Zit. nach Financial Times Deutschland, 21.2.

2 Die Rede kann heruntergeladen werden von der Homepage der Sicherheitskonferenz: www.securityconference.de

3 „Unsere deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ergibt sich aus unserer geographischen und politischen Lage mitten in Europa. Wir gestalten sie in Europa, für Europa und von Europa aus ...“ Kein Wunder, dass ein deutscher UN-Sicherheitsratssitz in der EU nicht nur auf Gegenliebe, sondern auf ernsten Widerstand stößt.

4 *jungeWelt* vom 22.2. „Arabische Vorschläge ernst nehmen“.

Plus für Rot-grün bei Bildung, Plus für Schwarz-Gelb bei Wirtschaft

Viele Kommentare meinten, bundespolitisch sei das Ergebnis in Schleswig-Holstein schwer zu interpretieren, weil doch sehr stark die Beurteilung der Politik der rot-grünen Landesregierung für die Wähler im Vordergrund gestanden habe.

Fest steht nur, dass die Demoskopie an ihre Grenzen gestoßen ist. Wenn die Umfragen dermaßen neben dem tatsächlichen Ergebnis liegen, gewinnen in den Parteien vielleicht wieder mehr die Stimmen der Mitglieder und Anhänger an Gewicht und weniger die Vorstände, die mit der Demoskopie bisher häufig bestimmte Entscheidungen getroffen hatten, die von den Mitgliedern nicht zu widerlegen waren.

Der Wahlkampf in Schleswig-Holstein hat kein klares Ergebnis gebracht, keine der beiden angetretenen Lager konnte sich eindeutig durchsetzen. Dem liegen sachliche Unklarheiten zugrunde, die vorgelegten Konzepte haben nicht voll überzeugen können.

Lagerwahlkampf

Der Lagerwahlkampf ging im Wesentlichen um zwei Themen. Rot-grün hat versucht, mit seiner Sozial- und Bildungspolitik zu punkten. Schwarz-Gelb dagegen mit seiner Wirtschafts- und auch Ordnungspolitik. Unterstützt wurde dabei Rot-grün von den Verbänden, die besonders in der Sozial- und Bildungspolitik engagiert sind. Die Ver-

bände der Wirtschaft und der Selbständigen dagegen unterstützten wie gewohnt die Union und die FDP.

Weder in der Sozialpolitik noch in der Wirtschaftspolitik kann es so bleiben, wie es ist; die Situation ist verfahren.

Im Bereich der Sozialpolitik konzentrieren sich die Probleme derzeit auf die Schulfrage. Dabei fällt auf, dass die rot-grüne Konzeption längeren gemeinsamen Unterrichtung aller Kinder in Ganztageschulen zwar die Anhänger mobilisiert, aber keine ausreichende Mehrheit darüber hinaus findet, obwohl die schwarz-gelben Konzeptionen im Kern abschreckend und änderungsbedürftig sind. Eine Änderung gestaltet sich aber zäh bis unmöglich: insbesondere in der Union ist der Widerstand gegen die Abkehr von der Hausfrauenzentrierung für die Erziehung der Kinder enorm und dieser konservative Widerstand hat auch seine Verankerung in der Bevölkerung. Also hat Schwarz-Gelb in diesem wichtigen Politikbereich keine Alternative zu dem, was Rot-grün vorschlägt.

Andererseits erwartet niemand, dass die rot-grüne Landesregierung etwas für die Entwicklung der Wirtschaft erreichen wird. Alle Umfragen bestätigen dies. Zwar hat auch Schwarz-Gelb hier nicht die überzeugenden Konzepte, aber immerhin wollen sie den Forderungen der Wirtschaft nachkommen.

Interessant ist, dass der ordnungspo-

litische Trend, der in Hamburg eine so große Rolle gespielt und einen Schill heranwachsen liess, anscheinend nicht mehr so richtig zieht. Das kann aber daran liegen, dass es für die Mobilisierung von Ängsten die Großstadt als Umfeld braucht.

Wer kann's besser?

In beiden in Schleswig-Holstein-Wahlen entscheidenden Politikbereichen geht es um die Bereitstellung öffentlicher Güter, für die die Regierung zu sorgen hat. Bei der Bildung scheint sich die Tendenz durchzusetzen, dass eine Regierung, die sich dem Einfluss der betroffenen Schichten, das sind vor allem die berufsorientierten und lohnabhängigen, aussetzt, besser wäre.

Bei den (Vor)-Leistungen für die Wirtschaft, scheint sich die Tendenz durchzusetzen, dass es eine wirtschaftsnahe Regierung besser kann.

Hauchdünne Mehrheiten sind gefährlich für umfassende Änderungen

Es taucht allerdings das Problem auf, dass die Verwirklichung der Gemeinschaftsschule, wie sie Rot-grün anstrebt, nicht mit hauchdünnen Mehrheiten verwirklicht werden kann; abschreckende Beispiele aus den 70er Jahren sind noch vielen in Erinnerung. Denn die Bildung setzt die Zusammenarbeit von Elternhaus, Schülern und Institutionen voraus, und das muss von einer übergreifenden öffentlichen Meinung getragen werden.

Was die Wirtschaft betrifft, hat man das Problem, dass mit „Nähe“ nicht viel gewonnen ist, denn in der Wirtschaft ist das Hemd näher als der Rock, und die Industrie konkurriert untereinander.

Die Nähe dieser Parteien zur Wirtschaft müsste sich im Vorfeld bewähren, indem es zu einer Programmdiskussion käme, die zu Strukturierungsideen führte, die – von der Wirtschaft getragen – in die Öffentlichkeit kämen. Die Installation von Spitzenpolitikern, die im Gange ihrer Amtsführung ein offenes Ohr (und dann bald auch eine offene Hand) für Einflüsse von Wirtschaftsbossen beweisen, bringt es auch nicht.

Es bleibt also instabil. Konstruktive, mehrheitsfähige Strukturkonzepte sind noch umkämpft, sowohl im Landtag als auch in der Bevölkerung. Die inhaltliche Weiterentwicklung bei allen Handelnden ist der entscheidende Punkt. Kommt es zu einer solchen Weiterentwicklung nicht, die zu mehrheitsfähigen und für die Minderheit immerhin akzeptablen Strukturideen führen müsste, wird die Tendenz gestärkt, alle Differenzen totalitär aufzuheben.

alk

Ergebnisse auf einen Blick

Schleswig-Holstein	LTW 2000 Zweitstimme	%	BTW 2002 Zweitstimme	%	LTW 2005 Zweitstimme	%
Wahlberechtigte	2.135.881		2.172.756		2.185.597	
Wähler	1.484.469		1.753.226		1.455.171	
ungültige Stimmen	20.373	1,4	18.267	1,0	20.544	1,4
Nichtwähler	651.412	30,5	419.530	19,3	730.426	33,4
Wahlbeteiligung		69,5		80,7		66,6
CDU	515.421	35,2	625.100	36,0	576.100	40,2
SPD	630.728	43,1	743.838	42,9	554.844	38,7
Grüne	91.389	6,2	162.425	9,4	89.330	6,2
F.D.P.	111.649	7,6	139.417	8,0	94.920	6,6
PDS	20.066	1,4	22.579	1,3	11.376	0,8
REP	nicht angetreten	0,0	2.442	0,1	nicht angetreten	0,0
NPD	15.121	1,0	4.701	0,3	27.656	1,9
SSW	60.367	4,1	nicht angetreten	0,0	51.901	3,6
Schill	nicht angetreten	0,0	26.294	1,5	1.483	0,1
Sonstige	19.355	1,4	8.163	0,5	27.017	1,9



Rund 400.000 Menschen demonstrierten am 19. Februar in Rom für die Freilassung der im Irak entführten italienischen Journalistin Giuliana Sgrena und den Abzug der italienischen Truppen aus dem Irak. Aufgerufen hatte die Tageszeitung *Il Manifesto*, für die Sgrena arbeitet. Rund 2000 Journalisten hatten wie angekündigt ihre Solidarität mit ihrer Kollegin bekundet und auch auf das Schicksal der französischen Journalistin Aubenat aufmerksam gemacht, die bereits seit dem 5.1. entführt ist. Drei Tage vor der Demonstration hatte das Parlament in Rom das Mandat für die 3000 italienischen Soldaten verlängert.

Spanien: Klares Ja zur Verfassung trotz bischöflichem Kanzelwort

Nachdem die Parlamente dreier Mitgliedsstaaten – Litauen, Ungarn, Slowenien – den EU-Verfassungsvertrag bereits ratifiziert haben, haben in Spanien per Referendum 76,7% dem Vertrag zugestimmt. 17,3% stimmten mit Nein, 6% enthielten sich. Die Beteiligung lag mit 42,3% etwas niedriger als bei den EU-Parlamentswahlen, aber höher, als vielfach erwartet. Neben der Vereinten Linken (IU) und regionalen linken bzw. linksnationalistischen Organisationen hatten Gruppierungen der äußersten Rechten zum Nein aufgerufen, aber auch die katholischen Bischöfe zuletzt mit einem Kanzelwort gegen den Verfassungsvertrag Position bezogen. Sie seien zwar „für Europa“, so die Bischöfe, bedauerten aber, dass die Verfassung die christlichen Werte vernachlässigten. (Quelle: *Die Presse*, 15.2.)

„Wiener Kongress“ zur Neuordnung des Balkan geplant

Das österreichische Außenministerium hat angekündigt, die Zeit der österreichischen EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 dazu nutzen zu wollen, einen „Wiener Kongress“ zur Balkanfrage zu organisieren: Der Kongress soll „Modelle für die staatliche Zukunft der Länder des ehemaligen Jugoslawien“ erarbeiten. „Österreich muss ein Modell für die Region entwerfen“, sekundiert der SPÖ-Europaabgeordnete Swoboda. „Das könnte den Wert Österreichs in der

Europäischen Union erhöhen“. Sowoboda, der im EU-Parlament mit den Beziehungen zu den Balkanstaaten befasst ist, schlägt das Modell einer „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“ vor, dessen Grundlage ein Wirtschaftsverbund sein solle. Für die gegenseitige Kontrolle der Minderheitenrechte wäre ein Modell ähnlich der Schutzmachtfunktion Österreichs für Südtirol möglich. Das heißt, die jeweilige Minderheit bekäme eine Schutzmacht, die ihre Interessen auch international vertritt, berichtet die österreichische Zeitung *Die Presse* von dem Vorhaben. Der Zeitpunkt sei günstig, denn „gerade 2006 muss über den künftigen Status des Kosovo und jenen von Montenegro entschieden werden“. (Quelle: *Die Presse*, 11.2.)

Israel und die Nato

Wie berichtet (PB 3, S. 3), haben sich die Nato-Botschafter am 8. Februar mit einer Initiative befasst, die Zusammenarbeit zwischen Israel und der Nato zu intensivieren. Die Initiative wird von den beiden US-Außenpolitikexperten Ron Asmus und Bruce Jackson, vom (Noch)-US-Botschafter bei der Nato und zukünftigem hohen Funktionär des US-Außenministeriums Nick Burns sowie von israelischer Seite von EU-Botschafter Oded Eran und einem Berater von Ex-Premierminister Netanjahu, Politikprofessor Uzi Arad vorangetrieben. Ziel der Initiative ist der Nato-Beitritt Israels, erste Schritte, die auf dem Treffen der Nato-Botschafter auf der Tagesordnung standen, sollen u.a. ge-

meinsame Wehrübungen sowie die Zusammenarbeit bei bestimmten Waffensystemen sein. Man darf gespannt sein, welche Ergebnisse der Besuch des Nato-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer in Israel am 24.2. zeitigt. Einem Nato-Vertreter zufolge jedenfalls soll über die Überwachung eines Friedensabkommens zwischen Israel und den Palästinensern durch die Nato gesprochen werden. (Quelle: *WamS*, 13.2., *Yahoo* 16.2.)

Ukraine: „Juschtschenko räumt auf“

Das berichtet die österreichische Zeitung „*Der Standard*“ am 13.2. In der Donezker Region, aus der er nur wenig Stimmen bekommen hatte, hat er einen neuen Gouverneur ernannt. Separatistische Bestrebungen will Juschtschenko strafrechtlich verfolgen lassen. Zahlreiche Beamte des Innenministeriums wurden entlassen, auch in anderen Ministerien, Ämtern und regionalen Verwaltungen finden Massenentlassungen statt; Leitern staatlicher Massenmedien wurde der Rücktritt nahegelegt. Jetzt liegt dem Parlament ein Gesetzentwurf vor, der es ermöglichen soll, alle Personen in einst leitenden Funktionen, aber auch auch Anwärter auf Funktionen in staatlichen Institutionen und Massenmedien zu überprüfen. Und zwar dahingehend, ob sie an den Wahlfälschungen 2004 beteiligt waren oder ob sie mit operativen Mitarbeitern des KGB oder anderen ausländischen Geheimdiensten – anzunehmen ist, dass einige Geheimdienste hier ausgespart bleiben – kooperiert haben.

Russland baut atomare Zusammenarbeit mit dem Iran aus

Am 26.2. werden Russland und der Iran ein Abkommen über die Rückführung benutzter Brennstäbe aus dem iranischen Atomkraftwerk Buschehr nach Russland unterzeichnen. Die Fertigstellung der Anlage mit russischer Hilfe scheiterte bisher an der Weigerung des Iran, den gebrauchten Kernbrennstoff an Russland zurückzuführen. Theoretisch könnte der Iran den gebrauchten Brennstoff mit Hilfe von Zentrifugen aufarbeiten und zur Herstellung von „schmutzigen Bomben“ oder Atombomben benutzen. Das jedenfalls befürchtet man in der EU. Mit der Rückführung abgebrannter Brennstäbe sei sichergestellt, dass in Buschehr anfallendes Plutonium nicht für den Bau von Atomwaffen abgezweigt werde, erklärt nun die russische Regierung. „Die jüngsten Schritte Irans haben bestätigt, dass Iran nicht die Absicht hat, Atomwaffen zu entwickeln“, so Putin, der eine Einladung nach Teheran angenommen hat.

Zusammenstellung: scc

SONDERSHAUSEN. Am 14.2.2005 übergab die Initiative „Gegen Billiglohn – Für Gleichbehandlung“ der Firma Plato in Sondershausen die „Goldene Nase“ im Rahmen einer öffentlichen Aktion zusammen mit der „Initiative gegen soziale Demontage“ im Rahmen der Montagsdemonstration. In ihrem Bericht heißt es: „Das Unternehmen für allgemeine Dienstleistungen und Wachdienst, Plato, erhält den Preis, weil es den Tarifvertrag für das Wach- und Sicherheitsgewerbe in Thüringen nicht einhält. So wurden Beschäftigten statt 4,32 Euro nur 4,11 Stundenlohn und Nachtarbeits-, Sonntags- und Feiertagszuschläge unterhalb der im Tarifvertrag festgelegten Höhe gezahlt, Beschäftigte erhielten keine Mehrarbeitszuschläge und kein Urlaubsgeld und bekamen nur 24 statt 28 Werktagen Urlaub. Darüber hinaus wurde den Beschäftigten abverlangt, ihre Arbeitsmaterialien wie Heftklammern, Schreibwaren, aber auch Hygieneartikel aus eigener Tasche zu bezahlen und zur Arbeit mitzubringen und ihre Dienstkleidung auf eigene Kosten anzuschaffen sowie die Pausen durchzuarbeiten, obwohl diese von der geleisteten Arbeitszeit abgezogen wurden.“ Plato verweigerte dazu eine Klärung. <http://bi-gb.de>



Plakataktion in Pforzheim „Gegen das Vergessen“

PFORZHEIM. In Pforzheim gibt es derzeit eine öffentliche Auseinandersetzung um den 60. Jahrestag der Bombardierung der Stadt am 23.2. Die Stadtbewohner wollen Erinnerungsstelen errichten, auf denen mit keinem Wort auf die deutschen Verbrechen und damit auf die Vorgeschichte der Bombardierung eingegangen wird. Die Deutsche Friedensgesellschaft, der DGB, die Friedensinitiative, die katholische Friedensorganisation Pax Christi sowie der Freundeskreis Schalom kritisieren die Stelen. Dort gibt es weder die Jahreszahlen 1933 bzw. 1939 noch Wörter wie „Nationalsozialismus“, „Diktatur“, „Weltkrieg“ oder „Rüstung“. Deswegen hängen seit dem 10.2. in der Stadt, vor allem vor Schulen, Kirchen und öffentlichen Einrichtungen, Plakate mit Daten und Fakten gegen die beabsichtigte Geschichtsbereinigung durch Weglassen: Aufgeführt sind die Bombardierung Gernikas und der Überfall auf Polen, die Bomben auf Rotterdam, Coventry und Belgrad und der Überfall auf die Sowjetunion. Erinnert wird an den 29. Mai 1942, als die Pforzheimer Industrie vollends von Schmuck und Uhren auf Rüstung umstellt, und an den letzten V2-Angriff auf London am 29. März 1945. *Aus Kommunale Berichte Stuttgart.*

8000 demonstrierten in München „Ihr Job ist der Krieg“

MÜNCHEN. 8000 Kriegsgegner ließen sich weder vom Konferenzmotto „Frieden durch Dialog“ noch durch die Teilnahme von UN-Generalsekretär Kofi Annan vom Charakter der Sicherheitskonferenz täuschen. „Ihr Job ist der Krieg“, erklärte Claus Schreier vom Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz am 12.2.2005 bei der

Auftaktkundgebung am Marienplatz. Die Verleihung einer Friedensmedaille durch „berufsmäßige Kriegsbrandstifter“ an den UN-Generalsekretär sei, als ob die Drogenmafia einen Preis „Keine Macht den Drogen“ stiften würde. Auch der parteilose Europaabgeordnete Tobias Pflüger wies die Friedensrhetorik der Sicherheitskonferenz zurück „Es ist der Frieden der westlichen Staaten gegen die Menschen im Süden. Dieser Frieden bedeutet für viele Menschen Krieg, und dagegen protestieren wir hier.“

Aus Bericht von Nick Brauns

Breiter Protest gegen die Abschiebung von Zahra Kameli

GOSLAR. Zahra Kameli wurde am 31.1.2005 nach Ablehnung eines Asylfolgeantrags in Goslar verhaftet und in Abschiebehaft genommen. Sie sollte am 10.2. in den Iran abgeschoben werden. Dort droht ihr massive Verfolgung bis hin zur Steinigung wegen Ehebruchs und Konversion zum christlichen Glauben. Mehrere hundert Menschen protestierten in Frankfurt/M. (Bild), Goslar,

Braunschweig und Göttingen gegen die Abschiebung. Durch die Solidarität vieler und den Protest gegen den Abschiebeflug ist es gelungen, die Abschiebung zu verhindern. Der Lufthansa-Pilot weigerte sich, die Abschiebung gegen Zahras Willen durchzuführen. Daraufhin berieten Innenminister Schöneemann und Bundesinnenminister Schily bei einem Treffen in Berlin, dass sich der niedersächsische Landtag über ein Bleiberecht einigen soll, jedoch ohne einen Präzedenzfall zu schaffen. Rund 200 Menschen demonstrierten am 19.2. unter dem Motto: „Bleiberecht für Zahra Kameli! Bleiberecht für alle!“ in Goslar. Sie forderten die Ausländerbehörde des Landkreises Goslar auf, den momentan ausgesetzten Haftbefehl gegen Zahra Kameli endlich ganz aufzuheben. www.abschiebemaschinerie-stoppen.de

LSVD kritisiert Bundesrat: „Es gibt kein Recht auf Diskriminierung“

KÖLN. Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) weist die Bundesratsentschließung vom 18.2.2005 gegen das geplante Antidiskriminierungsgesetz entschieden zurück: Die von acht unionsgeführten Bundesländern eingebrachte Initiative läuft auf eine Ausgrenzung von Lesben, Schwulen, Behinderten und alten Menschen hinaus. Eine solche Differenzierung zwischen „guten“ und „schlechten“ Diskriminierungsmerkmalen ist nicht hinnehmbar. Der LSVD sieht in dem geplanten Antidiskriminierungsgesetz einen deutlichen Fortschritt: Es bietet einen weitgehenden Diskriminierungsschutz und wird zum Abbau der Benachteiligung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern beitragen. Zum Beispiel beim Abschluss von Versicherungsverträgen: bislang wurden schwulen Männern private Lebens- oder Krankenversicherungen oft pauschal verweigert. Damit





HAMBURG. Finden demnächst Streiks und Arbeitsniederlegungen in den Kindertagesstätten statt? Am Aschermittwoch hat das „Beschäftigtenbündnis der Hamburger Kitas“ mit einer Aktion vor der Behörde für Soziales und Familie die Befragung aller 10.000 Mitarbeiter angekündigt.

Das Bündnis wendet sich gegen Mittelkürzungen von 50 Millionen Euro. Im Dezember hatten zwei größere Träger in Verhandlungen mit Sozialsenatorin Birgit Schnieper-Jastram (CDU) diesen zugestimmt. Zuvor hatte die Senatorin angedroht, sonst den Etat um weitere 20 Millionen zu kürzen. Mehr-

fach hatten Tausende gegen die Etat-Kürzungen demonstriert. Das Bündnis will keine Kürzungen, erhöhe sich doch gleichzeitig die Anzahl betreuter Kinder um mehrere Tausend.

*Lokalberichte Hamburg 17.2.05
Andreas Grünwald*

ist nun Schluss. Das neue Gesetz verbietet künftig eine solche Benachteiligung allein aufgrund der sexuellen Identität.

Die Kritik der Unionsländer, die das Gesetz als Einschränkung der unternehmerischen Freiheit brandmarken, stößt beim LSVD auf Unverständnis: Geradezu hanebüchen ist die Argumentation, man müsse die Entscheidung für oder gegen Diskriminierung der „freien Entschliebung“ jedes einzelnen überlassen. Statt auf einem Recht auf Diskriminierung zu bestehen, sollten Union und FDP Vielfalt als Chance für Unternehmenskultur und Wettbewerbsfähigkeit begreifen. www.lsvd.de

Prozesslawine in Hamburg gegen WagenbewohnerInnen

HAMBURG. Am 24. Februar 2005 beginnen die ersten Prozesse gegen TeilnehmerInnen der bundesweiten Wagenplatzdemonstration vom 24. April 2004 in der Hamburger Hafenstraße. Unter dem Motto „Einmal im Leben pünktlich sein“ rollten damals gegen 7 Uhr ca. 100 Wagen aus dem gesamten Bundesgebiet in die St. Pauli- Hafenstraße ein, um mit einer Protestaktion auf die zugespitzte Situation der Wagenplätze aufmerksam zu machen. Sie demonstrierten für den Erhalt von Wagenplätzen, gegen Kriminalisierung und für die Akzeptanz des Wagenlebens als eigenständige Wohnform. Es sollten neben diversen Informationsveranstaltungen eine gemeinsame Pressekonferenz und ein großes Rahmenprogramm stattfinden. Ungeachtet der Anwesenheit von Rechtsanwälten und eines Anmelders löste die Hamburger Polizei unter Schlagstock- und Pfeffersprayeinsatz und unter Missachtung des Versammlungsrechtes die Demonstration gewaltsam auf. DemonstrantInnen wurden eingekesselt und in Gewahrsam genommen, gegen 48

Leute wurden Strafverfahren wegen Nötigung eingeleitet, bereits mehrere von ihnen bekamen in den letzten Wochen Strafbefehle in Höhe von 1000 bis 1500 Euro zugestellt. Aufgrund der eingelegten Widersprüche beginnen am 24.2. im Hamburger Strafjustizgebäude die ersten Hauptverhandlungen.

<http://de.indymedia.org/>

ArbeitslosenRat Dresden stellt Forderungen an den Stadtrat

DRESDEN. Am 24.2.2005 wird dem Stadtrat Dresden die Vorlage des Oberbürgermeisters „Angemessene Leistungen für Unterkunft und Heizung nach SGB II (Hartz IV)“ zur Beschlussfassung vorgelegt. Ronald Blaschke, Sprecher des ArbeitslosenRates Dresden kritisiert: „In der Vorlage selbst wird davon ausgegangen, dass ca. 40 % der Alg-II-Bezieher und deren Familien, also ca. 10.000 Menschen in Dresden, in ‚unangemessenen‘ Wohnungen leben. Grund dafür sind die extrem niedrigen Obergrenzen der ‚Angemessenheit‘, die die Dresdner Stadträte nach dem Willen der Stadtoberen am 24.2. beschließen sollen.“ Der ArbeitslosenRat Dresden fordert alle Stadträte auf, der Vorlage der Stadt nicht zuzustimmen. „Diejenigen, die zustimmen, sind für eine weitere Verarmung bzw. für eine Verschuldung der Hartz-IV-Opfer oder deren Vertreibung aus ihren Wohnungen verantwortlich. Mit all den bekannten Folgen für die betroffenen Frauen, Männer und Kinder und die ganze Stadt.“ Der ArbeitslosenRat Dresden fordert vor dem Hintergrund von 20 Arbeitslosen auf eine offene Stelle: „Keine Arbeitslose, kein Arbeitsloser, keine Familie mit Arbeitslosen muss umziehen! Tatsächliche Kosten deckende Übernahme der Unterkunftskosten! Heizkosten für Warmwasser gehören nicht in den Armuts-Regelsatz der Alg-II-Beziehenden, son-

dern in die zu übernehmenden Unterkunftskosten! Die Fraktionen im Dresdner Stadtrat sollen über ihre Parteien die Rücknahme und Neufassung der Angemessenheitsregelung im genannten Sinne durchsetzen! Die Oberen der Stadtverwaltung Dresden sollen sich in den Städte- und Gemeindetagen ebenfalls dafür einsetzen – statt die soziale Situation in der Stadt aufgrund von Hartz IV durch unangemessene Leistungen für die Unterkunft und Heizung noch weiter zu verschärfen.“

www.free.de/Zope/terminal

„EU global – fatal?!“ – Einladung zur Europa-Konferenz in Stuttgart

STUTTGART. Attac, Kairos Europa, ver.di Bezirk Stuttgart, dfg-vk BaWü, Gesellschaft Kultur des Friedens, Forum 3 Stuttgart u.a. veranstalten am 4. und 5. März im Stuttgarter DGB-Haus eine Europa-Konferenz mit folgenden Zielen: • Information zum Vertrag über eine „Verfassung“ für Europa zur Lisbon-Strategie und zur Dienstleistungsrichtlinie liefern. • Politisch-ökonomische Hintergründe, Ziele und verborgene Agenda der europäischen Integration ausleuchten. • Die Diskussion von Gegenstrategien ermöglichen. • Konzepte für ein Europa in einer menschen- gerechten Welt entwerfen. • Offene Räume für Austausch, Kreativität und Vielfalt bieten. www.attac.de

19. März – Europäischer Aktionstag

Das Europäische Sozialforum (ESF) ruft am 19. März in Brüssel zu einer zentralen Demonstration gegen Neoliberalismus, Krieg und Rassismus auf. Der DGB und der Europäische Gewerkschaftsbund mobilisieren dorthin unter dem Motto „Mehr und bessere Arbeitsplätze“.

www.verdi.de
Zusammenstellung: baf

Rechtsextreme Bündnisse müssen durch Bündnisse gegen Rechts bekämpft werden

München. Der Presse vom 2.2.2005 war zu entnehmen, dass rechtsextreme Parteien und Gruppierungen in München ein Bündnis gebildet haben – das sog. „Münchner Bekenntnis“. Dazu erklärt der Vorsitzende der Stadtratsfraktion Die Grünen – rosa liste, Siegfried Benker:

„Dies ist der Versuch, das rechtsextreme Wahlbündnis zwischen DVU, NPD und rechtsextremen Gruppen und Kameradschaften auch auf kommunaler Ebene zu bilden.

München ist für die rechtsextreme Szene von herausragender Bedeutung. In der Stadt, in der die NSDAP groß wurde, der „Marsch auf die Feldherrnhalle“ stattfand, Goebbels die Reichspogromnacht ausrief und die den Nationalsozialisten mit dem Königsplatz den herausragende Kultort stellte, wollen die Neo-Nazis schon seit längerem Fuß fassen. Nicht zuletzt der geplante Bombenanschlag auf das jüdische Zentrum am Jakobsplatz anlässlich der Grundsteinlegung am 9. November 2003 sollte die rechtsextreme Bewegung von heute in die Tradition der Verbrechen der NSDAP stellen.

München liegt nicht in Sachsen. Die Münchner haben sich bisher weitgehend resistent gezeigt gegen neonazistisches Gedankengut. Dennoch sollte nicht vergessen werden:

– Seit 1990 sind die Rechtsextremen

mit mindestens einem Vertreter im Stadtrat präsent.

– Anlässlich der Europawahl 1989 erhielten die Republikaner in München fast 15% der Stimmen. Dies zeigt, dass eine Kombination von Führungspersönlichkeit, Protesthaltung gegen etablierte Politik sowie dem Wunsch, seine Stimme nicht zu verschenken, durchaus auch in München Menschen zu einer Wahlentscheidung für die Rechtsextremen verleiten kann.

– Erfolge von rechtsextremen Gruppen sind gefährlich für Ausländer, Obdachlose und Andersdenkende. Beim extrem gewaltbereiten Teil der rechtsextremen Szene wird jeglicher Wahlerfolg sowie das „Schmieden“ von Bündnissen als Auftrag angesehen, rechtsextreme Ausgrenzungsphantasien durch Gewalt auf der Straße umzusetzen.

Rechtsextreme Gruppen, die Bündnisse bilden und auf Wahlerfolge verweisen können, werden für Jugendliche attraktiver. In den neuen Bundesländern ist es der rechtsextremen Szene in Teilen bereits gelungen, den „Lifestyle“ von Jugendlichen mitzubestimmen und auf bestimmte Jugendliche „trendy“ zu wirken.

„Rechtsextreme Bündnisse müssen durch Bündnisse gegen Rechts bekämpft werden. Neo-Nazis müssen im Parlament durch demokratische Par-

teien bekämpft werden, am Arbeitsplatz indem man ihren Parolen entgegentritt, in der Schule durch gezielte Aufklärung und auf der Straße durch demokratische Bündnisse. Kampf gegen rechts ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Grünen werden auch weiterhin auf allen Ebenen Neo-Nazis entgegentreten.

Wir können nicht erkennen, wie die Verschärfung des Demonstrationsrechtes für Neo-Nazis das Problem lösen kann. Selbst wenn sich Schily durchsetzt: München ist voll mit historischen Identifikationsorten der Rechtsextremen. Neo-Nazis kann man nicht bekämpfen, indem man sie von der Feldherrnhalle fernhält (was richtig ist) und dann am Stachus demonstrieren lässt. Wir brauchen einen inhaltlichen und strukturellen Konsens gegen Rechts.

Gerade im Hinblick auf die Bundestagswahl 2006 bedeutet dies, dass die Grünen breite Bündnisse gegen Rechts bilden werden. Im Stadtrat haben die Grünen beantragt, dass eine münchenerweite Kampagne unter dem Motto: München wählt demokratisch! deutlich macht, dass Rechtsextremisten kein normaler Bestandteil der demokratischen Auseinandersetzung sind. Man darf die Rechtsextremisten nicht überbewerten – aber wir sollten am Tag nach der Bundestagswahl nicht dastehen und sagen: Wenn wir das gewusst hätten Am Tag nach der Bundestagswahl 2006 sollen wir uns darüber freuen dürfen, dass Rechtsextremisten gescheitert sind – aber dafür gibt es noch viel zu tun!“

www.gruene-muenchen-stadtrat.de.

PDS-Vorsitzender Lothar Bisky, Pressekonferenz im Berliner Karl-Liebknecht-Haus

Rechtsextremismus durch beharrliche Arbeit in Städten und Kommunen bekämpfen

Ich habe bei der Gedenkveranstaltung zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz im Deutschen Theater meinem Genossen Kurt Goldstein, Ehrenpräsident des Internationalen Auschwitzkomitees, sehr bewegt zugehört: „Wenn ich heute in unserem Vaterland erlebe,“ hat er am Ende seiner Rede gesagt, „dass Nazis auf den Straßen demonstrieren dürfen und das höchste deutsche Gericht diese Aufmärsche wegen der Meinungsfreiheit schützt, dann sage ich: Für uns ist das geradezu eine unmenschliche Tat, wir leiden darunter.“

Dieses Leiden sollten alle politischen Akteure vor Augen haben, wenn sie jetzt debattieren, wie man Neonazis politisch, juristisch, moralisch in die Schranken weisen kann. Die Auftritte der NPD und der DVU in den Landtagen von Sachsen und Brandenburg haben bewirkt, dass in Deutschland endlich zur Kenntnis genommen wird, wie tief der braune Sumpf ist und wie weit

er in die Mitte der Gesellschaft reicht. Diese Auftritte markieren zugleich das Versagen der Politik, auch das Versagen der PDS, diesen Sumpf trocken zu legen, bevor er sich der Immunität der Parlamente bedienen kann, um die Demokratie anzugreifen, Geschichte umzuschreiben und die Opfer des Nationalsozialismus zu verhöhn.

In der PDS wird jetzt viel – und erneut – (22.1.2001-PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag) eine antifaschistische Klausel für das Grundgesetz vorgeschlagen. Der Artikel 26 Abs. 1 könnte danach lauten:

„Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten oder nationalsozialistisches Gedankengut wieder zu beleben, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“

Diese sechs Worte wollen wir hinzu-

gefügt wissen. Dies wäre nicht nur ein Signal, dass Deutschland verstanden und die anschwellende Gefahr des Rechtsextremismus erkannt hat. Man würde damit auch allen juristischen Auseinandersetzungen bis hin zur Prüfung eines neuerlichen Verbotsverfahrens eine klarere Grundlage geben. In der Verfassung würde den Grundrechten auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit ganz im Sinne von Kurt Goldstein ein Rahmen gesetzt.

Allerdings: Wir brauchen nicht so sehr neue schärfere Gesetze. Fürs Erste würde es schon genügen, die vorhandenen konsequent durchzusetzen. Die Innenminister von Bund und Ländern sollten ihre Polizeiführungen anweisen, dass das Zeigen von nazistischen Symbolen, Plakaten und Transparenten mit entsprechenden Inhalten ohne Zögern geahndet wird und Demonstrationen und Kundgebungen dann umgehend beendet werden. Der Direktor der Berliner Polizeidirektion 6 praktiziert dies seit Jahren, ist deshalb inzwischen zur Zielscheibe der Neonazis geworden und verdient diese regierungsamtliche Unterstützung.

Die Politik in Deutschland steht par-

teitübergreifend in der Verantwortung, Antisemitismus, Rechtsextremismus, Neonazismus aktiv zu bekämpfen. Sie wird sich daran messen lassen müssen, wie sie dieser Verantwortung gerecht geworden ist. Viele gute Ansätze/Projekte gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit der Jahre zuvor sind inzwischen aus Geldmangel eingestellt worden.

Die sporadische und kampagnenhafte Beschäftigung der Politik mit dem Rechtsextremismus hat die Sachlage nicht verbessert. Er hat in der Mitte der Gesellschaft Fuß gefasst. Er wird nur noch durch ernsthafte und langfristige und kontinuierliche Arbeit vor Ort, in den Städten und Kommunen mit den Bürgerinnen und Bürgern bekämpft werden können.

Ich kann auch nicht mehr nachvollziehen, dass die Einseitigkeit des Antifaschismus in der DDR nicht durch eine Neuaneignung seiner guten Traditionen lebendig gehalten, sondern abgeschafft wird – Hand in Hand mit den auf dieser Flanke besonders eifrigen Parteigängern von NDP und DVU.

Die Neuaneignung der antifaschistischen Kultur und großer Kunstwerke aus Ost und West (von Kurt Maetzig und Wolfgang Staudte, Konrad Wolf und Frank Beyer, Bernhard Wicki, Bertolt Brecht, Fritz Krämer und viele andere mehr) wäre da hilfreich. All das geschieht nicht. Ein Unterschätzen und Ignorieren der Gefahren sind nach kurzen Aufschreien beherrschend im Lande.

Petra Pau hat mit ihren Fragen an die Bundesregierung nach rechtsextremistischen und antisemitischen Straftaten in Deutschland Monat für Monat dafür gesorgt, dass die Öffentlichkeit über alltägliche Gewalt, Fremdenhass, Rassismus in Deutschland Bescheid wusste. Und wer hat davon Notiz genommen?

VVN-BdA an Rhein und Ruhr mit Anti-NPD-Plakataktion im ganzen Land

Landeskonferenz in Düsseldorf fordert Ende des die Nazis fördernden V-Leute-Systems

DÜSSELDORF. Mit 5000 im ganzen Land geklebten Plakaten „Keine Nazis in die Parlamente“ will die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten in den Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen eingreifen. Der amtierende Landtag wurde aufgefordert, noch vor dem Wahltag die Rolle des Geheimdienstes Verfassungsschutz bei dem Desaster eines NPD-Verbotsverfahrens zu untersuchen und das V-Leute-System abzuschaffen. Der Jurist und Autor Dr. Rolf Gössner (Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte) wies vor der Landeskonferenz der VVN-BdA im ver.di-Haus in Düsseldorf am vergangenen Samstag nach, dass sich das Innenministerium in politische Abhängigkeit von hochrangigen Neonazis gebracht hat und deren Tätigkeit auch noch im Rahmen des V-Leute-Systems hoch dotiert hat.

Die Konferenz forderte die Politiker auf, die nordrhein-westfälischen Standards, festgelegt in der Spruchpraxis des höchsten Gerichtes des Bundeslandes: „Eine rechtsextremistische Ideologie lässt sich auch nicht mit den Mitteln des Demonstrationsrechts legitimieren“ (Beschluss des Oberverwaltungsgerichtes NRW, AZ 5BB585/01), zur Grundlage der Auseinandersetzungen mit den Rechten zu machen und keine Neonaziaufmärsche im Lande mehr zuzulassen. Der neben Jupp Angenfort (Düsseldorf) und Hannelore Toelke (Bonn) wiedergewählte Landessprecher Ulrich Sander (Dortmund) erteilte einem regierungsamtlich bestellten Großaufgebot der „Anständigen“ zur Beruhigung des Auslands eine Absage:

„Es geht nicht nur darum, den Nazis den Weg durchs Brandenburger Tor zu versperren, ihnen sollen überhaupt alle Tore und Türen versperrt werden. Das tut besonders in NRW not. Hier findet sich kein Landtag und keine Landesregierung, die konsequent mit den Bürgerinnen und Bürgern den Nazis entgegengetreten.“ So wurden protestierende Nazigegner und Holocaustüberlebende „im Stich gelassen“, und zwar beim antisemitischen Anti-Synagogenzugmarsch der NPD in Bochum wie beim wiederholten Aufmärschen von Neonazis, die sogar am Jahrestag der Reichspogromnacht genehmigt wurden...

Im Jahr des 60. Jahrestages der Befreiung will die VVN-BdA im größten Bundesland den Konsens in der Losung „Nie wieder Krieg und Faschismus“ bekräftigen, denn es gehe auch um die Absage an Kriege der Bundeswehr und Kriege entsprechend einem abzulehnenden EU-Verfassungsentwurfs. Besonders gedenken wolle man der Opfer der faschistischen Kriegesendphasenverbrechen. So besonders im Ruhrkegel 1945.

Empörung wurde über das Vorgehen der Justiz gegen die VVN-BdA geäußert. Noch immer hält die Beschlagnahmung des computer-gespeicherten Archivs der VVN-BdA mit Material über NS-Kriegsverbrecher vom Dezember 2003 an. Noch immer gibt es Justizverfahren gegen ihre Mitglieder wegen „Störung“ von Naziaktionen. Diese Justizpraxis müsse ein Ende haben.

Ulrich Sander,
www.nrw.vvn-bda.de.

Neo-Nazi Aufmarsch in Schwäbisch-Hall: „Kein besonderes Vorkommnis“?

SCHWÄBISCH HALL. Am Freitag, 21. Januar 2005 fand erneut ein vom Neonazi Lars Käßler organisierter Aufmarsch in Schwäbisch Hall-Hagenbach statt, und wiederum wurde von der Versammlungsbehörde (Herr Gentner u. Herr Pelgrim) kein Verbotsantrag gestellt. Lars Käßler hatte Herrn Gentner einmal als „Verbotsantragsversager“ verhöhnt. Hat er ihm damit schon den Schneid abgekauft?

Einerseits hält die Haller Polizei Käßler für gefährlich (Zitat *Heilbronner Stimme*, 21.1.05 / *Haller Tagblatt*, 26.1.05) „Eine Gruppe Mitstreiter hinter sich und ein Mikrofon in der Hand lasse aus dem unscheinbaren Mann einen Agitator mit entsprechender Rhetorik werden.“ Andererseits gewährt sie mit einem massivem Polizeiaufgebot Käßlers „Stadttrudgang“ sogar so-

weit Schutz, dass der Weg zu Briefkästen für ihre braunen Hetzblätter abgeschirmt wird. Auch für die sichere An- und Abreise der Nazis sorgte die Polizei erneut (Abschirmung der Bahnhofe Hall und Hesselental)...

Wir kritisieren weiterhin die offensichtliche Aggressivität der eingesetzten PolizeibeamtInnen gegenüber den vorwiegend jungen AntifaschistInnen. Die Drohung eines Bereitschaftspolizisten „Verpiss Dich, sonst hau ich Dir auf die Fresse!“ ist für uns nicht akzeptabel und ist vermutlich kein „Einzelfall“ an diesem Abend geblieben. Wir betonen, dass es keinerlei Gewalt seitens der GegendemonstrantInnen gab.

Vielmehr müsste die Polizei ein Strafverfahren gegen einen Anwohner am Mörikeplatz einleiten, der von seiner Balkontür aus und vor den Augen der

Polizei (!) den Hitlergruß zeigte und „Heil Hitler“ nach unten schrie.

Angesichts der Tatsache, dass das NPD-Verbotsverfahren unter anderem deswegen scheiterte, weil zahlreiche Funktionäre der Partei zugleich auf der Gehaltsliste des „Verfassungsschutzes“ stehen, stellt sich für uns die Frage, ob es sich bei Käßler und seiner braunen „Volksgemeinschaft“ nicht ebenso verhält? Wer bezahlt Käßler? Und was hindert die Justiz daran, ein Verbot gegenüber dessen „Volksgemeinschaft“ auszusprechen? Gründe dafür gibt es genug, nicht nur weil Käßler und seine braunen Gefolgsleute erneut tödlich gegenüber den Antifaschisten wurden.

Bündnis für ein buntes Hall / SprecherInnenkreis: Inge Hubele, Silvia Wagner, Jochen Dürr

ver.di für lebenswerte Kommunen.

ERFURT. Weitere schmerzhaft Einschnitte bei Lebensqualität und Arbeitsplätzen in den Thüringer Kommunen trotz der von der CDU-Fraktion angekündigten Haushaltsnachbesserungen sind abzusehen. Das ist das Fazit einer ver.di-Personalrätekonferenz am 2. Februar 2005 in Erfurt. Im Rahmen der ver.di-Initiative „Für lebenswerte Städte und Gemeinden“ diskutierten die Gewerkschafter die gegenwärtige Finanzsituation der öffentlichen Haushalte. „Die Kürzungen der Finanzzuweisungen des Landes werden vor allem auf den sozialen und kulturellen Bereich hart durchschlagen“, so Christa Raunitschke, Leiterin des ver.di-Fachbereichs Gemeinden in Thüringen. „Alle Einsparungen bei den freiwilligen Aufgaben der Kommunen werden nicht ausreichen, das Loch zu stopfen. So sind auch Einschnitte bei den bisher gesetzlich garantierten Leistungen zu befürchten. Als Beispiele nannte Raunitschke den öffentlichen Nahverkehr und den Winterdienst. Sie forderte die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene stärker als bisher für eine gerechtere Besteuerung von Unternehmensgewinnen und Vermögen einzusetzen. Mittelfristig führe daran kein Weg vorbei, wenn die Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte wieder stabiler werden soll. In Thüringen müsse dringend tabufrei eine weitere Gebietsreform angegangen werden. Auch das könne helfen, die finanzielle Lage zu entschärfen. Veränderungen müssten aber mit den Kommunen frühzeitig besprochen werden, um eine hohe Akzeptanz zu schaffen.“

www.verdi.de

Kampf dem Kommunal-Leasing.

WIESBADEN. Hessens Finanzminister Karlheinz Weimar (CDU) will den umstrittenen Kommunal-Leasing-Geschäften einen Riegel vorschieben. Die Landesregierung habe dem Bundesrat einen „Gesetzentwurf zur Verringerung steuerlicher Missbräuche und Umgehungen“ vorgelegt, das den öffentlichen Haushalten Mehreinnahmen in Milliardenhöhe bringen soll. Durch die kommunalen Leasingmodelle würden vereinzelt zwar die Haushalte von Landkreisen und Städten zeitweise entlastet, insgesamt aber die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand verringert. Bei Kommunal-Leasing verkaufen die Stadt- und Kreisverwaltungen Immobilien wie Rathäuser oder Schulen an private Investoren und mieten sie anschließend zurück. „Das bedeutet, dass sich Kommunen und der Investor einen Vorteil auf Kosten des Landes verschaffen“,

klagt Weimar. Dies sei nicht akzeptabel, da die öffentlichen Haushalte insgesamt geschwächt würden. Die Kommunen schnitten sich dadurch zudem langfristig ins eigene Fleisch, weil sie letztlich auch von den Mittelzuweisungen der Länder abhängig seien. Wenn die Länder weniger Einnahmen hätten, könnten sie auch weniger verteilen. Hier muss darauf hingewiesen werden, dass diese Verträge von einer 50%-igen Tochtergesellschaft der Landesbank Hessen Thüringen Girozentrale (Helaba), der Hannover Leasing GmbH & Co. KG, initiiert wurden und dass Vertreter der Helaba in den Kreistagen dafür warben, dem Land auf diese Weise die Steuern zu entziehen. Die Helaba erhielt außerdem noch zwei Sitze im Beirat der Kreismobiliengesellschaft.

www.meinepolitik.de

Kommunen kennen Mobilitäts-Investitionen oft nicht.

BERLIN. Der Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD) untersucht in der aktuellen Ausgabe seiner Mitgliederzeitschrift *fairkehr* die Kosten des Verkehrs. Wichtigstes Ergebnis: Der Autoverkehr beschert den Kommunen hohe Kosten, die weder erfasst noch entsprechend zugeordnet werden. Im Gegensatz dazu addieren die Haushalte Ausgaben für den öffentlichen Verkehr gesondert auf, so dass dieser schnell defizitär erscheint und zu unangemessenen Mittelkürzungen einlädt. Kaum eine Kommune wisse über ihre Investitionen für die örtliche Mobilität Bescheid. Gerade beim Autoverkehr gebe es neben den Mitteln für Straßenbau und -unterhalt eine ganze Reihe versteckter Kosten. Dazu zählten insbesondere Posten wie Straßenbeleuchtung, -reinigung und Rettungsdienste, die zwar Teil der Grundversorgung seien, letztlich aber zum Großteil dem Autoverkehr dienten. „Stark ins Gewicht fallen zudem Bau und Unterhalt von Parkplätzen vor öffentlichen Einrichtungen. Das kostet Millionen“, ergänzt Westerholt die Liste. So ergebe sich beispielsweise in Stuttgart beim Vergleich der Ausgaben und Einnahmen im Verkehrsreich eine Deckungslücke von rund 150 Millionen Euro. „Den Löwenanteil von 84 Millionen verursachen allerdings nicht die Hauptverdächtigen Bus und Bahn, sondern der Autoverkehr“, erklärt Michael Müller, Verkehrsreferent beim VCD. Er fordert: „Alle Ausgaben und Einnahmen im städtischen Verkehrshaushalt müssen auf den Tisch. Erst dann können die Mittel so verteilt werden, dass sie den besten Effekt für Mobilität und Umwelt erzielen.“

www.vcd.org

Zusammenstellung: baf

Tarifreform im öffentlichen Dienst:

Umstritten und h

Wie nicht anders zu erwarten, hat der Tarifabschluss für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen gespaltene Reaktionen hervorgerufen. Während die am Abschluss beteiligten Tarifparteien und die überwiegende Presseberichterstattung sich zufrieden zeigen, ja teilweise voll des Lobes sind („Jahrhundertreform“), wird dieser Abschluss ver.di-intern durchaus sehr kritisch bis ablehnend betrachtet. Und auch die Bundesländer, die seit dem vergangenen Frühjahr nicht mehr an den Verhandlungen beteiligt waren, sind mit dem Abschluss unzufrieden und wollen ihn nicht übernehmen.

Dabei kommt die Kritik aus völlig unterschiedlichen Ecken und Interessenslagen heraus. Den Ländern ist der Abschluss zu teuer, und die vereinbarten Kompromisse, insbesondere bei der Arbeitszeit und beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld, gehen ihnen nicht weit genug.

Den ver.di-internen Gegnern sind gerade diese Regelungen zur Arbeitszeit, die zukünftige Jahressonderzahlung anstatt Urlaubs- und Weihnachtsgeld, aber auch die neu eingeführte Entgeltgruppe 1 ein Dorn im Auge.

Viele Detailregelungen müssen noch weiter verhandelt werden. Deshalb ist weder eine umfassende noch eine abschließende Beurteilung heute möglich. Wir werden uns zu einzelnen Fragen und Diskussionspunkten deshalb in späteren *Politische-Berichte*-Heften äußern.

Neben einem ersten Statement zum Thema „neue Entgeltgruppe 1“ wird in dem beigelegten Kasten ein grober Überblick über das Tarifergebnis gegeben.

Neue Entgeltgruppe 1

Die Schaffung einer neuen Entgeltgruppe, die unter den bisherigen untersten Tarifgruppen liegt, war von Anfang an sehr umstritten. Sie wird begründet mit der Hoffnung, damit weitere Privatisierungen im unteren Dienstleistungsbereich verhindern zu können. Von der Höhe her entspricht sie dem Niveau des NGG-Tarifs und reicht von 1.286 Euro bis 1.440 Euro im Westen bzw. 1.190 Euro bis 1.332 Euro im Osten (= 92,5%, ab 1.7.2005-2007 jeweils Erhöhung um 1,5%-Punkte). Nach Entgeltgruppe 1 können bezahlt werden:

„Beschäftigte mit einfachsten Tätigkeiten, zum Beispiel

- Essens- und Getränkeausgeber/-innen
- Garderobenpersonal
- Spülen und Gemüseputzen und sonstige Tätigkeiten im Haus- und Küchenbereich

- Reiniger/-innen in Außenbereichen wie Höfe, Wege, Grünanlagen, Parks
- Wärter/-innen von Bedürfnisanstalten
- Servierer/-innen



Botentätigkeit und Hausarbeit – Einst hoch geehrt, („Der Engel des Herrn brachte Maria die Botschaft“) – Heute ein Fall für Niedrigstlohn.

- Hausarbeiter/-innen
- Hausgehilfe / Hausgehilfin
- Bote / Botin (ohne Aufsichtsfunktion)“

Vergleicht man das „Erreichte“ mit der lange Zeit geforderten Streichung der untersten Vergütungsgruppen, so muss dies von der Gewerkschaftslinken als Niederlage betrachtet werden. Ehrlicherweise muss man dazu sagen, dass schon seit einigen Jahren diese Forderung in der praktischen Tarifarbeit keine Rolle mehr spielte. Insbesondere Personalarbeiter von Einrichtungen, die besonders unter Privatisierungen zu leiden haben, sind mit dem Argument dagegen aufgetreten, dass dadurch die Privatisierung nur noch beschleunigt werde und unterstützen dementsprechend das Tarifiergebnis in diesem Punkt.

Ob sich die mit der Einführung begründeten Hoffnungen erfüllen werden, bleibt abzu-



Die Bundestarifkommission hat mit 80:32:5 Stimmen dem Verhandlungsergebnis zugestimmt, das entspricht einem Verhältnis von 68,37: 27,35:4,3 Prozent. Sicherlich kein besonders gutes Ergebnis für den Vorsitzenden. Die Nein-Stimmen kamen vor allem aus den (West-)Bezirken NRW, Baden-Württemberg und Bayern. Die Tarifkommissionsmitglieder aus den ostdeutschen Bezirken waren dagegen zufriedener (s. auch Pressemitteilung aus Thüringen).

Bei vielen Themen handelt es sich noch um Eckpunkte, die bis Herbst d. J. ausformuliert werden müssen.

Der Manteltarifvertrag - TV öD - tritt am 1.10.2005 in Kraft, die Regelungen zu den „Leistungszulagen“ beginnen am 1.1.2007 mit einem Volumen von 1% der Monatsentgeltsumme des jeweiligen Betriebes. Die neuen Tätigkeitsmerkmale für die Entgeltordnung werden bis 2008 erarbeitet. Die Laufzeit beträgt 35 Monate bis zum 31.12.2007.

Einkommen

Einmalzahlung für die Beschäftigten beim Bund und für die Beschäftigten bei den Kommunen im Westen:

jeweils 300 Euro für 2005, 2006, 2007

Auszubildende, Schüler in der Krankenpflege, Praktikanten erhalten jeweils 100 Euro

Im Tarifgebiet Ost wird der Bemessungssatz jeweils zum 1. Juli der Jahre 2005, 2006 und 2007 um 1,5 %-Punkte auf 94%, 95,5% und 97% erhöht. (Die Regelung des vorherigen Tarifabschlusses, wonach ab 1.1.2008 (bzw. 31.12.2009 für die höheren Einkommen) 100% erreicht sein müssen, bleibt bestehen.)

Die 300 Euro entsprechen etwa einer durchschnittlichen 1%-igen Erhöhung, durch den Festbetrag mit sozialem Charakter. Als Einmalzahlung gehen sie jedoch nicht in die Tabelle ein. Andererseits erhalten viele Beschäftigte durch die neue Entgeltordnung ein höheres Monatseinkommen. Niemand wird weniger bekommen als zuvor. Sogar in Hinblick auf künftige Einkommenserwartungen (Expektanzen), die durch die neue Tabellenstruktur nicht mehr realisiert werden können, wird es einen Strukturausgleichsfond geben, der auf bis zu 30 Jahre angelegt ist.

Arbeitszeit

Die Beschäftigten des Bundes arbeiten ab 1.10.2005 einheitlich 39 Stunden pro Woche. Dies bedeutet im Westen eine Arbeitszeitverlängerung um ½ Stunde ohne Lohnausgleich, im Osten eine Arbeitszeitreduzierung um 1 Stunde mit Lohnausgleich.

Im Bereich der Kommunalbeschäftigten gibt es keine neue Regelung in Bezug auf die Arbeitszeit. Allerdings gibt es eine Öffnungsklausel, wonach auf landesbezirklicher Ebene eine tarifvertragliche regelmäßige Arbeitszeit von bis zu 40 Wochenstunden vereinbart werden kann.

Die Regelungen zur Arbeitszeit sind besonders umstritten. Während die Regelung beim Bund vor allem im Osten auf Zustimmung stößt, befürchten Kritiker vor allem aufgrund der Öffnungsklausel ein Dammbruch bei der Arbeitszeit. ver.di will längere Arbeitszeiten nur dann zulassen, wenn ein echter Fachkräftemangel besteht und nur mit Lohnausgleich.

Meistbegünstigungsklausel

Wenn ver.di für ein oder mehrere Bundesländer einen Tarifvertrag abschließt, der in Sachen Arbeitszeit oder Sonderzahlungen (z.B. Urlaubsgeld) abweichende Regelungen zum Inhalt hat, die für die Arbeitgeber günstiger sind, können diese – ohne weitere Verhandlungen – die Übernahme verlangen.

Diese Klausel wird verschiedentlich interpretiert. Die einen befürchten hier eine Schraube nach unten ohne Ende und haben dabei Erfahrungen mit Tarifabschlüssen vor allem im Osten in schmerzlicher Erinnerung. Andere sehen dies als bewusste Barriere für die anstehenden Verhandlungen mit den Ländern bzw. der TdL. ver.di kann nicht einen Tarifabschluss in einem einzigen Bundesland zulassen, der in Sachen Arbeitszeit od. Sonderzahlungen schlechter ist. Dies erfordert eine hohe Disziplin.

Urlaubs-/Weihnachtsgeld

Beide bleiben in den Jahren 2005 und 2006 auf dem jetzigen Niveau. Ab 2007 werden sie zu einer Jahressonderzahlung zusammengefasst, die für die Entgeltgruppen EG 1-8 – 90% EG 9-12 – 80% EG 13-15 – 60% beträgt. Sie wird ab 2007 dynamisiert.

In den neuen Bundesländern wird jeweils 75% davon bezahlt.

Das Weihnachtsgeld wurde seit ca. 10 Jahren nicht mehr dynamisiert und beträgt deshalb zur Zeit ca. 80%. Diese Regelung bedeutet deshalb für die unteren und mittleren Einkommensgruppen mit 90% eine leichte Verbesserung, während sie insbesondere für die hohen Einkommen eine Verschlechterung darstellt. Es ist im Ergebnis eine Anpassung an die bei Neueinstellungen praktizierte Regelung vieler Arbeitgeber, die nur noch 60% zahlen.

Der **Krankengeldzuschuss** wird in Zukunft für alle bis zum Ende der 39. Woche gewährt (bisher bei Teilen nur bis zur 26. Woche)

Die bisherige Regelung zur **Unkündbarkeit** (bei 15 Beschäftigungsjahren und einem Mindestalter von 40 Jahren) bleibt bestehen.

Die **Sonderregelung 2y (SR 2y)**, die Vorgaben bei Befristungen macht, bleibt erhalten.

Ab 1.1.2007 wird es neben dem monatlichen Entgelt eine **leistungsbezogene Zulage** geben. Die Gesamtsumme beträgt 1% der Monatsentgelte (dienststellenbezogen) des Vorjahres. Die Gesamtsumme erhöht sich im Lauf von mehreren Jahren auf maximal 8%

Diese Regelung gilt wie bisher nur im Westen

Diese Regelung gilt wie bisher nur im Westen.

Die Zulage wird on-top bezahlt, die Kriterien sind noch nicht bekannt. Der „Topf“ speist sich aus Einsparungen, die sich aus der neuen Tabellenstruktur ergeben, u.a. aus Sozialbezügen, Verheiratenzuschlägen, Einsparungen durch Stufenverringerungen.

Entgelttabelle und Überleitung							
Tabelle TV öD							
(Tarifbereich Ost entsprechend jeweiligem Anpassungssatz, zur Zeit 92,5 vH)							
	Entgelt- gruppe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
		Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
			nach 1 Jahr	nach 3 Jahren	nach 6 Jahren	nach 10 Jahren	nach 15 Jahren
	15	3.384	3.760	3.900	4.400	4.780	5.030 ^{1,1a}
	14	3.060	3.400	3.600	3.900	4.360	4.610 ¹
	13	2.817	3.130	3.300	3.630	4.090	4280 ¹
	12	2.520	2.800	3.200	3.550	4.000	4.200 ¹
	11	2.430	2.700	2.900	3.200	3.635	3.835 ¹
	10	2.340	2.600	2.800	3.000	3.380	3.470 ¹
	9	2.061	2.290	2.410	2.730 ^{2a/2b}	2.980 ^{2c}	3.180 ¹
	8	1.926	2.140	2.240	2.330	2.430	2.493
	7	1.800	2.000	2.130	2.230	2.305	2.375
	6	1.764	1.960	2.060	2.155	2.220	2.285
	5	1.688	1.875	1.970	2.065	2.135	2.185
	4	1.602	1.780	1.900	1.970	2.040	2.081
	3	1.575	1.750	1.800	1.880	1.940 ³	1.995
	2	1.449	1.610	1.660	1.710	1.820 ⁴	1.935
	1	je 4 Jahre	1.286	1.310	1.340	1.368	1.440
1	nur VKA						
1a	VKA: Ang VGr Ib BAT mit Aufstieg VGr Ia BAT keine Stufe 6						
2a	Endstufe Bund und VKA für Arbeiter der LGr 9; Stufe 4 nach 7 Jahren in der Stufe 3						
2b	Endstufe Bund Ang Vb BAT ohne Aufstieg und Aufsteiger Vb aus Vc BAT; Stufe 3 nach 5 Jahren in der Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in der Stufe 3						
2c	VKA: Vb BAT ohne Aufstieg und Aufsteiger Vb aus Vc BAT; Stufe 5 nach 9 Jahren in der Stufe 4						
3	Endstufe Bund für Arbeiter der LGr 2 mit Aufstiegen nach LGr 2a und LGr 3 und Angestellte VGr VIII BAT mit und ohne Anwartschaft auf Aufstieg nach VGr VII BAT						
4	Endstufe für Angestellte VGr X BAT mit Aufstiegen nach VGr IXb bzw. IX BAT, sowie Arbeiter LGr 1 mit Aufstieg nach LGr 1a						
Die Entgeltgruppen für die bisher in der Anlage 1 b abgebildeten Beschäftigten in den Krankenhäusern werden im Rahmen der Redaktion in die oben dargestellte Tabelle TVöD integriert.							
Die Entgelttabelle TVöD ersetzt die bisherigen Lohn- und Vergütungstabellen. Damit entfallen künftig neben der allgemeinen Zulage auch Orts- und Sozialzuschläge bis auf kinderbezogene Zuschläge für bis zum 31.12.2005 geborene Kinder.							

→ warten (nach Aussagen des Tarifsekretärs Kurt Martin im *Berliner Tagesspiegel* vom vergangenen Sonntag, 20.2., soll es erste Rückführungen von privatisierten Bereichen geben). Wenn ja, wäre dies unzweifelhaft ein Erfolg. Das kritisierte Einkommensniveau entspricht darüber hinaus in etwa dem von ver.di thematisierten und in der politischen Auseinandersetzung geforderten Mindest-

lohn. Diesen jetzt, wo er gesetzlich nicht durchsetzbar scheint, tariflich abzusichern, macht durchaus Sinn. Daneben hätten die Beschäftigten weitere tarifliche Leistungen wie gesicherten Urlaub, Urlaubs- und Weihnachtsgeld bzw. Jahressonderzahlung, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, sie hätten gleiche Ansprüche wie die anderen Beschäftigten, z.B. in Sachen Weiterbil-

dung – alles Dinge, die viele heute aufgrund von nicht tarifgebundenen Arbeitgebern oder aufgrund von prekären Arbeitsverhältnissen und Minijobs nicht mehr haben. Vor allem aber wären diese Beschäftigten wieder Teil der Gesamtbelegschaft und könnten sich auf eine betriebliche Gewerkschafts- und Personalvertretung stützen.

har

„Für die Beschäftigten in Thüringen ist der Abschluss auch umgesetzte Solidarität zwischen West und Ost“

VER.DI, (10.2.2005). „Der für die Kommunen und den Bund erzielte Tarifabschluss ist Ausdruck für die Leistungsfähigkeit der Tarifpolitik“, lobte heute in Erfurt der Thüringer ver.di-Landesbezirksleiter Thomas Voß den gestern in Potsdam gefundenen Tarifkompromiss. Am Ende konstruktiver Verhandlungen stehe nun ein modernes Tarifwerk, tauglich für die Herausforderungen der Arbeitswelt von morgen.

„Für die Beschäftigten in Thüringen ist der Abschluss auch umgesetzte Solidarität zwischen West und Ost“, betonte Voß. So haben ihre Kolleginnen und Kollegen in den alten Bundesländern auf eine prozentuale Einkommenserhöhung verzichtet. Sie erhalten statt dessen Einmalzahlungen, die im Osten in Prozentstufen von jährlich 1,5 Prozent umgerechnet werden. Für die ostdeutschen Kommunen ist damit die Finanzierung der bereits 2003 vereinbarten Angleichung der Ostgehälter an volles Westniveau bis Ende 2007 bzw. für höhere Einkommen bis Ende 2009 leichter zu schultern.

Angesichts dieses guten Kompromisses sei es unverständlich, wieso die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) sich noch immer verweigere. Voß kündigte an, er werde in einem Gespräch mit der Thüringer Finanzministerin am kommenden Montag darauf dringen, dass Thüringen sich für eine Übernahme des Tarifabschlusses innerhalb der TdL einsetzt. Er verweist darauf, dass auch die für Thüringen angestrebten Tarifgespräche über einen Sozialtarifvertrag damit in Zusammenhang stehen.

Die Beschäftigten im Landesbereich ermutigte Voß dazu, jetzt mehr Druck für ihre Interessen zu machen. Für den 22. Februar hat ver.di zu einer landesweiten Personalrätekonferenz eingeladen. „Die Landesbeschäftigten dürfen nicht von einem modernen Tarifrecht abgekoppelt bleiben.“ Im Übrigen verwies Voß noch einmal darauf, dass auch für die Landesbeschäftigten die Angleichung ihrer Gehälter an Westniveau bis 2007 bzw. 2009 volle Gültigkeit habe. An diesen Tarifabschluss von 2003 seien die Länder nach wie vor gebunden.



Streikwoche im öffentlichen Dienst Bayern – Auftakt bei der Autobahndirektion Südbayern

MÜNCHEN, 20.2.2005 – Nach dem Tarifabschluss beim Bund und den Kommunen verstärkt ver.di Bayern den Druck auf die bayerische Staatsregierung und die Tarifgemeinschaft der Bundesländer. Dazu ruft ver.di Bayern zu einer Streikwoche im öffentlichen Dienst auf. Beginnen werden die Aktionen mit Arbeitsniederlegungen im Bereich der Autobahndirektion Südbayern. „Wir werden der bayerischen Staatsregierung klar machen, dass die Beschäftigten keine Arbeitszeitverlängerung, Kürzung von Weihnachtsgeld, Streichung von Urlaubsgeld und Nullrunde akzeptieren“, sagte Josef Falbisoner, Landesbezirksleiter von ver.di Bayern. ver.di hat mit den öffentlichen Arbeit-

gebern bei Bund und Kommunen einen Tarifabschluss inklusive einer umfassenden Tarifreform Anfang Februar erreicht. Bis zum heutigen Zeitpunkt weigern sich die meisten Bundesländer, auch Bayern, dieses Tarifergebnis zu übernehmen.

Norbert Flach (ver.di, Fachbereichsleiter Bund/Länder) stellte noch einmal klar:

„Es reicht einfach nicht aus, die Kollegen in den Straßenmeistereien für ihren Rund-um-die-Uhr-Einsatz im Winterdienst öffentlich zu loben. Zu einer hervorragenden Arbeitsleistung gehört auch eine angemessene Bezahlung und nicht die Bewertung der Beschäftigten als reiner Kostenfaktor.“

BDI startet Initiative „FC Deutschland 06“

HB, Mi., 16.2.2005. An der Imagekampagne für die Fußball-WM beteiligt sich die deutsche Wirtschaft immer stärker. Ziel ist u.a., Deutschland als Wirtschaftsstandort zu präsentieren. Nach bisheriger Planung des BDI können die Unternehmen ab 100 000 Euro ein Sponsorpaket beim Projekt *FC-Deutschland 06* erwerben. In BDI-Kreisen ist man zuversichtlich, die angestrebten 10 Millionen Euro, die die Wirtschaft zusammenbringen soll, deutlich zu übertreffen.

Steuerliche Entlastung von arbeitsplatzschaffenden Investitionen. Bundeswirtschaftsminister Clement sprach sich dafür aus, einen Vorschlag von BDI-Präsident J. Thumann aufzugreifen, Gewinne, die für arbeitsplatzschaffende Investitionen im Unternehmen bleiben, zu entlasten.

Vereinigung Bayerische Wirtschaft für Reform der Kindergartenbetreuung.

HB, Mi., 16.2.05. Der Präsident der Vereinigung Bayerische Wirtschaft sprach sich dafür aus, „das enge Fenster zwischen dem dritten und dem siebten Lebensjahr, in dem die Kinder besonders leicht lernen, besser zu nutzen.“ Er bezifferte die Kosten für eine flächendeckende kostenlose Vorschulbetreuung in Kindergärten auf 27 Mrd. Euro. „Das sind pro Kopf 30 Euro, also weniger, als die Bundesbürger im Durchschnitt für Telefon und Internet ausgeben.“

Sparkassen kritisieren Deutsche Bank.

HB, Fr./Sa., 18./19.2.05. Sparkassenpräsident D. Hoppenstedt kritisiert die Geschäftspolitik der Deutschen Bank, ohne ausdrücklich den Namen des Instituts zu nennen: „Wer Renditen über alles von 25% anstrebt, muss wissen, dass er sich damit aus dem Mittelstandsgeschäft und der Betreuung breiter Bevölkerungskreise verabschiedet.“

Studienkredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Die KfW-Bankengruppe will ihr Studienkreditprogramm zum Wintersemester 2005/06 ohne Bürgschaft des Staates starten. Die Kreditwirtschaft zeigt sich insgesamt reserviert über den Vorstoß der KfW. Nachdem das Bundesverfassungsgericht den Ländern im Januar grünes Licht für die Erhebung von Studiengebühren gegeben hat, denkt nun die gesamte Kreditwirtschaft über Angebote nach. D. Hoppenstedt, Sparkassenpräsident, gibt zu bedenken, dass – wenn kein Rechtsanspruch auf einen Studienkredit existiere – eine Bonitätsprüfung eingeführt werden müsse, die die Berufsaussichten der Studenten einschätze. An einem Hochschulranking komme man nicht vorbei, weil die Qualität der Universität Einfluss auf die Berufsaussichten habe.

Presseauswertung: rst

Präsenz mit Achtungserfolg

In einer Presserklärung des Landesvorstandes der PDS-Schleswig-Holstein (SH) und ihrem Wahlbüro heißt es:

„Mit Überzeugung und großem Elan hat die PDS Schleswig-Holstein ihren Landtagswahlkampf 2005 durchgeführt ... Zwar hat sie das Wahlergebnis aus der letzten Landtagswahl von 2000 mit 1,4% nicht erneuern und nur ein Gesamtergebnis von 0,8% erzielen können, aber einen Achtungserfolg hat die PDS überall dort erzielt, wo sie in den Wahlkreisen mit DirektkandidatInnen aufgetreten ist. Die Resultate von z.B. 2% in Norderstedt, 2,4% in Steinburg-Ost und 3% in Kiel-Ost und Lübeck-West sind ein für den Landesverband der PDS respektables Ergebnis ...

Anders als bei der wenige Monate zuvor stattgefundenen Europawahl im Sommer 2004 mit dem bisher höchsten Ergebnis von 1,8% im Landesdurchschnitt traten diesmal gleich drei z.T. linksorientierte Parteien zur Wahl an (PDS, DKP und SSW). Dabei hat letzterer – der Südschleswigsche Wählerverband, der als Minderheitenvertretung nicht der 5%-Hürde unterliegt – sich zu einer Tolerierung der rot-grünen Regierung (mit denen er vor allem in der Frage der Gemeinschaftsschule übereinstimmt) bereit erklärt und dadurch sicher landesweit Stimmen auf sich gezogen, die sonst wohl der PDS zugute gekommen wären.“

Dass die NPD trotz Zusammengehen mit der DVU nicht in den Landtag einziehen kann, hat viel mit den von der PDS landesweit unterstützten antifaschistischen Protesten und ihrer großen Plakat- und Flyeraktion gegen neofaschistische Aufmärsche und Landtagsambitionen zu tun.

Es gab ab Mitte 2004 große Bedenken gegen den vom Landesverband der PDS-SH geäußerten Wunsch, an der Landtagswahl am 20. Februar 2005 teilzunehmen, in den eigenen Reihen in Schleswig-Holstein bis hinauf in die Ebene des Parteivorstandes. Die Argumente waren z.T. einleuchtend: Man müsse den Landesverband lieber erst inhaltlich und finanziell konsolidieren, die Wahlergebnisse könnten sinken gegenüber dem vorherigen höchsten Ergebnis bei der Europawahl 2004 und dadurch eine politische Frustration verursachen, der Parteivorstand müsse sich aus personellen wie auch aus finanziellen Gründen auf eine Unterstützung des PDS-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen bei ihrem Landtagswahlkampfes im Sommer 2005 beschränken, und es wäre besser, zuerst kommunal verankert zu sein, bevor die PDS auf Landesebene zur Wahl antrete.

Die Argumente für eine Kandidatur überzeugten aber schließlich die Mehr-

heit des Landesverbandes der PDS, und er beschloss auf seiner Mitgliederversammlung am 19. September 2004, diese große Herausforderung an einen kleinen Landesverband anzunehmen. Zum Konsolidieren gehöre eben auch der Versuch, wieder deutlich öffentlich aufzutreten, Frustrationen seien in der Vergangenheit vor allem deshalb aufgetreten und weil unrealistische Ergebnisse (etwa die 5%-Marke in 2000) erwartet wurden. Das wesentliche Argument aber hieß: Bei der ersten Wahl nach Inkrafttreten von Hartz IV sollen die Wählerinnen und Wähler die Möglichkeit haben, gegen den Sozialabbau zu votieren. Dieses richtige Argument ist für den Landesverband bis heute nicht entkräftet worden!

Für die 220 GenossInnen und ca. 100 SympatisantInnen verlangte der Wahlkampf in einem flächenmäßig weiten Land große Anstrengungen und Einsatzbereitschaft. Es gibt bei der PDS-SH zwar vier stabile Kreise (Lübeck, Kiel, Schleswig-Flensburg und Dithmarschen) und einige kleinere Basisorganisationen (Norderstedt, Elmshorn und Rendsburg), aber in vielen Gegenden befinden sich nur vereinzelt unterstützende Personen ohne parteiiche Strukturen.

Es gab im wöchentlich tagenden Wahlbüro und auf einer Sitzung des Landesvorstandes Mitte Januar eine harte Auseinandersetzung über die Inhalte von nur drei (finanziell) möglichen Plakattexten. Vorschläge wie „Jeder trage des anderen Last“ und sehr ausschweifende Texte zur Kandidatur der Nazis fielen schließlich durch und man einigte sich auf „Von Kita bis Uni – beitragsfrei“ (dem öffentlichen Hauptthema der SH-Wahl, der Bildung), auf „Schöner leben ohne Nazis“ (gegen die bedrohliche Teilnahme der NPD am Wahlkampf) und auf das sozialkritische „Armselig – in Schleswig-Holstein leben 45.327 Kinder von Sozialhilfe, das ist ein Skandal“.

Besonders intensiv arbeiteten die DirektkandidatInnen vor Ort: mit eigenen Flyern, zahlreichen Infoständen und aktiv gegen neofaschistische Aufmärsche, vor allem in Kiel, Lübeck, Itzehoe und Norderstedt. Dafür wurden die PDS mit einem guten Ergebnis bei den Erststimmen belohnt. In der Regel muss der Landesverband der PDS-SH seine eigene Werbung machen! Er gab ein „Wahlprogramm“ mit der Auflage von 30.000 heraus, einen gemeinsamen Flyer zu ihren „Bildungspolitischen Forderungen“ und zu einem „Sofortprogramm gegen Neofaschismus“. Auf die öffentliche bürgerliche Presse kann sich die PDS fast gar nicht stützen. Nur in oft zäh und langwierig angemahten Ausnahmefällen wurden eine Erwähnung ihrer Kandidatur und ihrer Di-

rekt-KandidatInnen, einige kurze Interviews in örtlichen und landesweiten Zeitungen und Zeitschriften, noch seltener minimale Spots in Rundfunk und Fernsehen erreicht.

Der Landesvorstand und das für die Landtagswahl gebildete Wahlbüro hatten sich von Anfang an das Ziel gesetzt, in möglichst vielen Teilen des Landes eigene öffentliche Veranstaltungen zu sehr unterschiedlichen Themen durchzuführen. Bereits im Dezember kam die sächsische Landtagsabgeordnete Julia Bonk („Schöner leben ohne Nazis“) nach Kiel, diese Stadt wurde auch von der Bundestagsabgeordneten der PDS, Gesine Löttsch, und dem Landesumweltminister der PDS in MV, Wolfgang Methling, („Die Umweltpolitik der PDS“) besucht. In Norderstedt referierte der Berater der PDS für Außen- und Internationale Politik, Wolfgang Gehrcke, zu „Bundeswehr schließt Standorte in Schleswig-Holstein – Verteidigung jetzt am Hindukusch?“, in Elmshorn der Sprecher der AG-Bildungspolitik beim Parteivorstand, Horst Bethge, zur „Einheitsschule? – Gemeinschaftsschule?“, in Schleswig die Sozialministerin Marianne Linke von der PDS MV zu „Lebst du noch oder Hartz't du schon?“, in Rendsburg die Fraktionsvorsitzende der PDS im Landtag MV, Angelika Gramkow, zum neuen Steuerkonzept der PDS, und in Itzehoe gab es mehrere Veranstaltungen mit interessierten antifaschistischen Jugendlichen. In Lübeck nahm die PDS an der Gesundheitspolitischen Konferenz „Ein Jahr Gesundheitsmodernisierungsgesetz – Erfahrungen und Handlungsbedarf“ teil, die vom PDS-Landesverband MV veranstaltet wurde.

Viele GenossInnen und Gremien betonen immer wieder, dass eine Beteiligung an einer Landtagswahl nur dann sinnvoll sei, wenn die PDS in dem entsprechenden Land bereits kommunalpolitisch vertreten sei. Das würde für die PDS-SH das glatte Aus bedeuten, denn in der Kommunalwahl stehen ihr wie auch bei allen anderen Wahlen die hier nicht aufgehobene 5%-Klausel im Wege. Kein Zweifel, dass eine kommunalpolitische Grundlage sehr förderlich wäre, aber als „sine qua non“ (ohne sie geht's nicht!) darf sie denn doch nicht verstanden werden. „Jede Wahl hat“, so André Brie auf einer vorbereitenden Sitzung zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein im August vergangenen Jahres in Schwerin, „ein eignes Gesicht, eigene taktische Überlegungen und auch jeweils seine Überraschungen.“ Dem möchten wir zustimmen. So gesehen, war es unbedingt richtig, dass die GenossInnen in Schleswig-Holstein sich von ihrer Entschlossenheit, bei der Landtagswahl aufzutreten, nicht haben abbringen lassen. *Edda Lechner*

Die Wehrlosigkeit des Dritten Reiches im Frühjahr 1945 – eine deutsche Geschichts-Erfindung

Der Luft- und Bombenkrieg, den die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition führten, hat in der deutschen Diskussion den Charakter eines dramatischen Stoffs angenommen, der hergeben muss, was der Geist der Zeit fordert. Mit den gezielt oder ungezielt, laut oder leise, jedenfalls aber nachdrücklich wirksamen Forderungen aus dem Publikum wird sich auseinandersetzen müssen, wer die Diskussion begreifen, ihre politischen Folgen abschätzen und ihrem Ausgang nicht sprachlos zuhören will.

Es mischen sich zwei Stränge von Motiven:

Luftkrieg ist technischer Krieg. Er trifft aus großer Entfernung. Wenige töten maschinell viele. Luftkrieg ist auch strategischer Krieg. Er richtet sich gegen die gesellschaftliche Basis der kriegführenden Macht. Zivilpersonen werden getroffen. So haben die Luftkriege auch der jüngsten Zeit Kritik auf pazifistischer, humanistischer Grundlage herausgefordert.

Ein anderer Ansatz, der sich jene humane Kritik zu eigen machen kann, zielt darauf ab, jene lang vergangenen Ereignisse der Anti-Hitler-Koalition als strategische Kriegsverbrechen auszuweisen. Da nun einmal nicht zu bestreiten ist, dass das Dritte Reich seinen Krieg verbrecherisch führte, und weil daraus eine Belastung aller entsteht, die in der Kontinuität deutschen Wesens auftreten wollen, gibt es ein Interesse, die sprichwörtliche gleiche Augenhöhe dadurch zu erreichen, dass man den Kriegsgegnern Ähnliches aufbürdet. Die anderen waren auch nicht besser, jedenfalls nicht viel ... Es war eben Krieg ... In die Zukunft blicken ...

Solche Relativierungen wären auch nützlich, das Leitbild des deutschen Staatsbürgers hin zum Untertanen zu verschieben.

Das Zerwürfnis zwischen Führung und Gefolgschaft, das seit dem Untergang des großdeutschen Reichs in Deutschland wirksam ist, aufzuheben, ist ausdrückliches Ziel der Nazi-propaganda; sie stehen damit in einer Tradition, denn bereits die alten Nazis hatten es mit einer ersten Erschütterung des Obrigkeitsstaats zu tun, und Wiederherstellung der Autorität in der Ordnung von Führer und Volk war ihr Angebot, dem sich das deutsche Bürgertum in seiner breiten Mehrheit nicht entzog.

Die Kritik am Luft- und Bombenkrieg der Alliierten setzt einen Komplex von Zusammenhängen, in dem randständige Gruppierungen wie die NPD zum

Sprecher eines breiter liegenden nationalen und konservativen Interesses werden, wobei sie sogar pazifistische Impulse verwerten können.

Neben diesen Wirkungen, die auf die Urteilskraft der Beteiligten zielen, sind auch politische Konsequenzen im Visier. Die prominenten Stimmen, die sich vermehrt aus der Mitte der Gesellschaft mit den damaligen Ereignissen befassen, tun dies nicht, um den Nazis weiterzuhelfen. Ihre Kritiken an den Kriegstaten der Alliierten der Anti-Hitler-Koalition sind mit der Politik verquickt, die Nachkriegsordnung aufzuweichen. An die Öffentlichkeit gedrungen ist die Forderung der BRD nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat, wenn es angehen möchte, ausgestattet mit dem Veto-Recht. Verschiebungen von Perspektiven und Werten in den Bildungsprozessen der öffentlichen Meinung auszuweisen, ist immer heikel, wenn aber eine Bewegung zur geistig-moralischen Abwertung der Träger der Anti-Hitler-Koalition Hand in Hand geht mit einer Politik, die Aufwertung des deutschen Staatswesens in internationalen Institutionen einfordert, ist die Befürchtung eines Zusammenhangs wohl nicht übertrieben. Und wegen dieses Zusammenhangs hat es die bürgerliche Öffentlichkeit so schwer, die Interpretation der damaligen Ereignisse durch die heutigen Nazis zurückzuweisen.

Die Bewertung des Luft- und Bombenkrieges der Alliierten als „Verbrechen“ schlägt eine Brücke zwischen der Welt der neuen Nationalsozialisten und den großen politischen Lagern. Eine ähnliche Funktion hat die Bewertung der Umsiedlungen nach dem Potsdamer Abkommen als „Vertreibungsverbrechen“ oder sogar Völkermord.

Von dem Versuch, Auschwitz zu leugnen, musste sich die bürgerliche Gesellschaft der BRD durch ein gesetzliches Verbot abgrenzen, da diese Lüge in dem latenten und virulenten deutschen Antisemitismus einen fruchtbaren Nährboden fand und die Weltöffentlichkeit herausforderte.

Vorweg soll gesagt werden, dass die Verwertung jener Schrecken für irgendwelche abgeleiteten politischen Ziele inhuman ist. Ein angemessener Nachruf wird erklären müssen, wie es dazu kam. Wird diese Aufgabe umgangen und, wie es oft geschieht, angedeutet, dass die Verbrechen der Nazis jene Taten bei weitem übertrafen, würde die Sache offen bleiben; diese Diskussion setzt auf

der alten Einsicht auf, dass Verbrechen nicht mit Verbrechen aufgewogen werden kann. Wenn der Feiertag vorbei ist, bleibt eine Delegitimierung der Anti-Hitler-Koalition hängen. So etwa, wenn anlässlich der Festrede der frühere Regierende Bürgermeister Hamburgs dabei bleibt, die Bombardierung Dresdens sei ein Verbrechen gewesen. Die Wirkungen solcher Äußerungen sind verheerend. Sie bereiten der Nazi-Propaganda den Boden. Nun ist aber nicht denkbar, dass Dohnanyi dies beabsichtigt.

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die der Dresden-Debatte große Aufmerksamkeit widmete, dokumentiert am 18. Februar eine Ansprache, die Golo Mann kurz nach dem Angriff auf Dresden in einem alliierten Rundfunksender in deutscher Sprache gehalten hatte. Dieser Kommentar ist sehr aufschlussreich, weil er zeigt, dass in zeitlicher Nähe zu dem Ereignis ein Rechtfertigungsproblem nicht bestanden hat. Später allerdings, so berichtet der Kommentator der FAZ, habe Mann von der sinnlosen Ermordung der Stadt gesprochen. Damals aber, in den letzten Kriegsmonaten in Europa, hob Mann auf die Notwendigkeit ab, den Faschismus zu schlagen.

Wie kommt es zu solchen Wendungen? Nach einem Krieg, der mit einem vollständigen Zusammenbruch einer Seite endet, erscheint die siegreiche Seite als eine unwiderstehlich Macht, die tut und lässt, was sie will. Der Sieger hat die Macht und die freie Wahl. Das politische Handeln einer siegreichen Macht muss hohen Anforderungen genügen. Denn wer in seinem Handeln vollends frei ist, handelt verantwortlich. Diese nach dem Ausgang des Krieges äußerst klaren Verhältnisse überschreiben die vorherige Information. Sie tilgen aus dem Gedächtnis, dass die jetzt aufgeriebene, zerfallene politische Macht einst ein gefährlicher, zeitweise überlegener Gegner war, der nur unter Aufbietung aller Kräfte daran gehindert werden konnte zu siegen. Es bedarf einer gezielten Anstrengung einzusehen, dass die Anti-Hitler-Koalition von Anfang an in keiner Weise die Wahl hatte.

Die nahen und fernen Nachbarländer des Reichs wurden politisch und militärisch angefallen, teils überrannt, teils standen sie knapp vor der Niederlage, sie konnten ihren Widerstand nur unter größten Opfern aufrichten und erst nach jahrelangem Krieg die Ver-

hältnisse zu ihren Gunsten wenden.

Eine ähnliche Quelle von Fehlurteilen ergibt auch der Blick auf das Kriegsgeschehen. Seit Stalingrad, seit der Landung auf Sizilien, spätestens nach der Landung in der Normandie war klar, dass die Anti-Hitler-Koalition siegen würde und Hitler-Deutschland der Untergang bevorstehe. Dies war nur noch eine Frage der Zeit, die Anstrengungen und Opfer, die zu diesem Ziel erbracht werden müssen, verblissen dem Betrachter, der das Ergebnis kennt. So verführt der vernünftige Blick auf die Entwicklung der Kräfteverhältnisse zu dem unvernünftigen Schluss, ab diesem oder jenem Zeitpunkt oder Ereignis hätte das Gesetz des Handelns bei den Alliierten gelegen.

Tatsächlich war die Gegenwehr, zu der das strategisch geschlagene Reich im Stande war, sehr bedeutend. Obwohl das Dritte Reich keine Chance mehr hatte, die Alliierten zu schlagen, blieb die vage Chance, durch hartnäckiges Verzögern des letztlich Unvermeidlichen die Gesellschaften der Anti-Hitler-Koalition kriegsmüde zu machen. Um diesen Preis fochten die Generale der Wehrmacht, eingeschlossen der Kräfte des 20. Juli, die noch im Sommer 1944 eine Verhandlungsposition sahen, die sie wahrnehmen wollten. Auch danach blieb noch das Kalkül, die Anti-Hitler-Koalition aufzusprengen und mit den Westalliierten zusammen sich gegen die Sowjetunion zu wenden. Für die breite Masse pflegte man bis in die letzten Kriegstage den Kult der Wunderwaffe, deren Einsatz alles wenden könne.

Diese Spekulationen auf geringe Chancen reichten hin, um die Wehrmacht des Dritten Reiches zusammenzuhalten.

So standen die Alliierten vor dem Problem, eine zum Durchhalten teils motivierte, teils gezwungene, total mobilisierte Gesellschaft zu schlagen. Sie hatten in ihrer Kriegsführung mit großen eigenen Opfern zu rechnen und die Pflicht, diese gering zu halten.

Am Wendepunkt des Krieges und als die Eroberungen der Nazis ins Stocken

kamen und sie ihre Fronten unter dem Druck der Alliierten und auch des Widerstandes der unterworfenen Gesellschaften zurücknehmen mussten, hatten die Alliierten alle Ursache, die Erfahrungen des Kriegsverlaufes auszuwerten.

Eine beeindruckende Erfahrung war der Blitzkrieg gewesen, das schnelle Vorpreschen gepanzerter und motorisierter Verbände, deren Bewegungen aus der Luft aufgeklärt und deren Angriffe durch Luftangriffe gestützt wurden. Insbesondere im Osten gelang es der Wehrmacht, riesige Verbände der Roten Armee regelrecht zu zerstückeln und Wehrlose in eine Gefangenschaft zu führen, in der sie umkommen sollten. Aber als die Sowjetunion nach den Kalkulationen der Kriegskunst so gut wie geschlagen war, zeigte sich eine Schwäche des technischen Krieges, der dem Blitzkrieg zu Grunde lag. Die Stoßkraft der gepanzerten und motorisierten Truppen und des mit ihren Operationen verbundenen Luftgefechts brach sich am Widerstand relativ schwacher Truppen, die sich auf die Infrastruktur und die Bevölkerungsreserven moderner Großstädte stützten. Leningrad und Moskau konnten verteidigt werden. Stalingrad wurde das Grab der Wehrmacht. Das waren Ereignisse, die zum einen auf dem Widerstandswillen der Bevölkerung basierten, die das militärische Handeln fördern, mindestens aber tolerieren muss. Wirksam wurden aber auch technische Momente des modernen Krieges.

Von Standpunkt der britischen Kriegsführung aus ergab sich eine klare Reihenfolge: Zuerst war die Lufthoheit über der Insel wieder herzustellen und zu erhalten. Diese Lufthoheit war auf den Seeraum auszudehnen, nicht zuletzt um den U-Boot-Krieg der Nazis unmöglich zu machen. Sodann war für alle gegen die Nazitruppen gerichteten Operationen die Luftüberlegenheit zu suchen. Wie zum Beispiel hätte die Landung in Frankreich ohne Luftüberlegenheit der Alliierten gelingen können?

Die Luftwaffe, die der Stolz des beginnenden Dritten Reiches gewesen

war, musste gestellt und geschlagen werden. Dazu waren Angriffe auf das Reichsgebiet unumgänglich. Die von Göring geführte Luftwaffe wurde bei der Vorbereitung einer Invasion Englands unter großen Opfern zurückgeschlagen. Sie wurde in einer Luftschlacht über dem Reich aufgerieben. Görings Luftwaffe geriet nach ihrem Untergang in Vergessenheit. Zuvor war sie aber eine sehr reale Größe.

Oft wird übersehen, welch enorme Vernichtungskraft in den Verbänden der Wehrmacht bis in die letzten Kriegstage konzentriert war. So konnte noch im Dezember des Jahres 1944 die Ardenennenoffensive durchgezogen werden, die den Alliierten schwere Verluste beibrachte. Letztlich brach die Offensive, die, zunächst gedeckt durch schlechtes Wetter, vorangetrieben werden konnte, unter der Luftüberlegenheit der Alliierten zusammen.

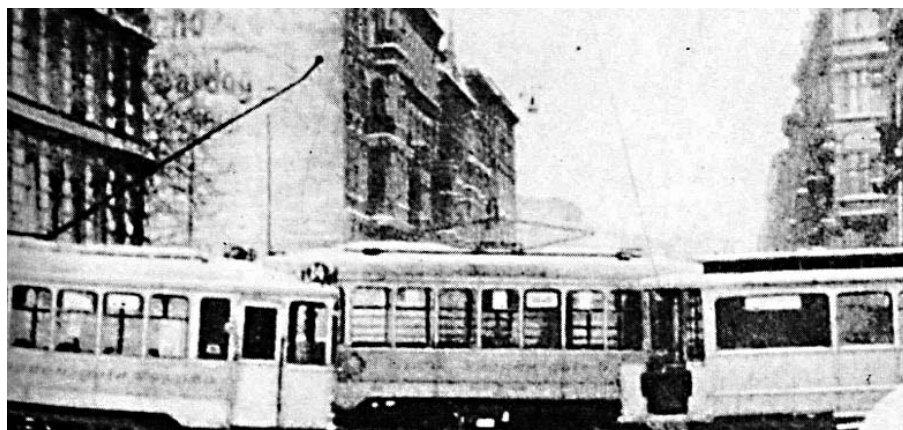
Im Osten lieferte die Wehrmacht schwere Schlachten, gestützt auf die städtischen Räume Breslaus, Königsbergs, Berlins.

Hier sollte sich noch einmal zeigen, wie schwer die Eroberung militärisch verteidigter Städte durch Panzer, Infanterie und Artillerie gewesen ist und wie nötig es war, Luftüberlegenheit jederzeit demonstrieren und einsetzen zu können.

Es zeigt sich auch, dass städtische Infrastruktur, die gemacht ist, um industrielle Prozesse zu stützen, die Möglichkeiten militärischen Handelns für die Verteidiger steigert, wenn sie Unterstützung bzw. Duldung der Einwohner genießen oder wenigstens nicht damit rechnen müssen, aus deren Mitte angegriffen zu werden.

Eine solche Gefahr bestand zum Beispiel in Paris. Die Wehrmacht hatte allen Grund, „Verteidigung“ dieser Stadt nicht zu probieren, sondern das Weite zu suchen, um nicht zwischen zwei Feuer zu kommen.

Eine solche Situation bestand im Reich nicht. Besonders im Osten war der ideologische Zusammenhang von Wehr-



Breslau 1945. Straßenbahnen als Panzersperren. Haus für Haus musste sich die Rote Armee vorwärtskämpfen, bevor die Stadt im Mai 1945 kapitulierte



macht / Nazis / Bevölkerung ungebrochen.

Vorsichtig meldet sich gerade heute (22.2.) in den Leserbriefspalten der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* die Stimme des Völkerrechtlers Professor Dr. Jochen Frohwein. Er meint, dass der Luft- und Bombenkrieg gegen das Reich als Repressalie, als Antwort auf die Luftangriffe der Nazis gesehen werden müsse. Repressalien müssten verhältnismäßig sein. Wegen der definitiven Überlegenheit der Alliierten habe im Februar 1945, zur Zeit des Angriffs auf Dresden, die Verhältnismäßigkeit gefehlt. Allerdings, so räumt Frohwein ein, könnte dies angesichts der erstaunlich erfolgreichen Ardennenoffensive, zum Zeitpunkt der Planung jenes Angriffs, weniger eindeutig gewesen sein.

Frohwein versucht beiden Seiten gerecht zu werden. Der deutschen Seite, die hier ein Kriegsverbrechen sehen will, und der britischen Seite, deren Blick für das Verhältnismäßige getrübt gewesen sein soll. Frohwein sucht hier einen Ausweg, er will eine Kritik an der Grausamkeit des technisierten Krieges aufrichten, ohne extrem Konservativen oder gar Nazis Recht gegeben zu müssen.

Die Daten liegen aber anders (nach dem Buch zur Fernsehdokumentation von Guido Knopp, „Der Sturm im Osten“): Breslau: „Kein Schuss fiel mehr am 6. Mai 1945. Die Festung Breslau gab zwei Tage vor der Gesamtkapitulation auf. Die Schlacht hatte fast achtzig Tage gedauert. Mehrfache Kapitulationsangebote der Roten Armee waren abgelehnt worden.“

Königsberg: „Am 24. Januar 1945 durch den Reichsverteidigungskommissar Erich Koch zur Festung erklärt. Am 7. April war die Stadt zu weiten Teilen erobert. Doch selbst jetzt war die deutsche Führung nicht zur Kapitulation bereit.“

Auch Berlin ergibt sich nicht. Wehrmacht, SS und Nazis zwingen der Roten Armee einen schrecklichen Endkampf auf, der erst erlischt, als der Tod Hitlers bekannt wird.

Die Daten sind breit bekannt, in populären Büchern und sogar in Fernsehdokumentationen ausgebreitet.

Eine Kritik, die andeutet, die Alliierten hätten gegen Wehrlose gekämpft, ist gegen die Fakten. Auch verwischt sie den Charakter des NS-Regimes, das in der Tat von Staats wegen, mit industriellen Mitteln, völlig Wehrlose und Unschuldige im Millionenmaßstab umbrachte.

Angesichts des Wiederauflebens nationalsozialistischer Ideologie und Politik sollte eine durch die Geschichte gewarnte bürgerliche Gesellschaft nicht versuchen, eine staatstragende Tradition auf dem Wege der Beschönigung aufzurichten.

maf

Deutschland, die Türkei und der Völkermord an den Armeniern

Der doppelzüngige Hans-Ulrich Klose

Herr Klose, stellvertretender Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestags, sorgt sich über einen möglichen Beitritt der Türkei zur EU, drohen doch „schätzungsweise 5 Millionen Zuwanderer“ infolge der Freizügigkeit. Er beklagt sich über den Stil der innerparteilichen und öffentlichen Diskussion, dass sich fast niemand traue, auf die Probleme hinzuweisen aus Angst, „in eine Ecke gedrängt zu werden, in die man nicht will: als Rassist oder Islam-Hasser“ (*Saar Echo* und *N24* am 3.10.2004). Wenige Tage später setzt er sich im *Hamburger Abendblatt* (9.10.2004) unter der Überschrift „Auch die Türkei muss sich ihrer eigenen Geschichte stellen“ detailliert vor allem mit dem in der Türkei bis heute geleugneten Völkermord an den Armeniern auseinander, um dann festzustellen: „Der Unterschied zu Europa ist überdeutlich. Während die Völker, allen voran die Deutschen, nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs über ihre je eigene Geschichte reflektiert und dabei auch Wunden (z.B. die kollektive Schuld der europäischen Judenverfolgung) offen gelegt haben ... verharrt die Türkei im Zustand des Schweigens.“

In einem weiteren Artikel – ebenfalls im *Abendblatt* (29.1.2005) – greift er die türkische Leugnung des Völkermords – „den ersten staatlich unterstützten Völkermord des 20. Jahrhunderts“ – nochmals auf. Anlass ist der skandalöse Vorgang in Brandenburg: Im Jahre 2002 hatte der damalige Bildungsminister Steffen Reiche als „Beispiel für Völkermord und Ausrottung“ den an den Armeniern in die Lehrpläne für den Geschichtsunterricht aufnehmen lassen. Sein Nachfolger, Bildungsminister Holger Rupprecht, hatte nach diplomatischen Gesprächen der SPD/CDU-Landesregierung mit der türkischen Botschaft und dem Generalkonsulat angeordnet, den Hinweis auf diesen Völkermord aus den Lehrplänen zu entfernen. „Der Vorgang muss uns alle nachdenklich machen, er ist bedrückend“, so Klose.

Und er wiederholt, „dass das Geschichtsverständnis der Türkei sich von dem der Europäer grundlegend unterscheidet. Die Europäer haben nach dem Zweiten Weltkrieg ihre nationale Geschichtsschreibung in bemerkenswerter Weise bilanziert, haben Erfolge und Misserfolge benannt, Fortschritt und Katastrophen, Schuld und Verantwortlichkeiten und damit die geistige Basis für den Prozess der europäischen Einheit geschaffen. Nichts dergleichen in der Türkei.“ Deshalb, so hat der Lesen-

de zu schlussfolgern, passt die Türkei kulturell nicht in die EU. Das ist Kloses eigentliches Thema.

Der Völkermord an den Armeniern ist für ihn nur die Kulisse, vor der er mit seinen Argumenten spielt – und das auch noch falsch.

Im ersten Akt erklärt Klose ihn zum ersten Genozid des 20. Jahrhunderts. Den Völkermord des Deutschen Kaiserreichs an den Herero und Nama elf Jahre vorher hat es für Klose offensichtlich nicht gegeben. Der „Traditionsverband ehemaliger Schutz- und Überseetruppen“ wird sich für diese prominente Unterstützung sicherlich gefreut haben.

Im zweiten Akt setzt er sich mit der Unfähigkeit der Türkei auseinander, den Völkermord als Völkermord anzuerkennen. und hält ihr das positive Vorbild Europa und die Europäer – wen meint er damit? – und unter ihnen besonders die Deutschen entgegen – mit viel Schönfärberei! Auch hier kehrt Klose etwas unter den Tisch: die Mitverantwortung und teilweise unmittelbare Mitschuld des Deutschen Reiches am Genozid an den Armeniern, der am 24. April 1915 begann.

Deutsche Offiziere hatten während des Ersten Weltkriegs Schlüsselpositionen in den osmanischen Streitkräften besetzt. Der deutsche Generalstabsoffizier Colmar Freiherr von der Goltz war bereits vor 1914 zum Stellvertretenden Stabschef der Osmanischen Armee aufgestiegen und zu ihrem Generalinspekteur ernannt worden. Der Marschall des Osmanischen Heeres, General Otto Liman von Sanders, wurde 1913 Chef der deutschen Militärmission in Konstantinopel. Ihm waren bis zum Kriegsende 800 Offiziere unterstellt, die in ranghohen Positionen in allen Truppendeilen und an allen Frontabschnitten ihren Dienst versahen. Stabschef des Kriegsministers Enver Pascha war General Fritz Bronsart von Schellendorff. Er befahl 1915 die Deportation von Armeniern aus den östlichen Provinzen und damit war er verantwortlich für die Todesmärsche in die syrische Wüste. Der Artillerieexperte Eberhard von Wolfkiel war führend an der Beschießung und kompletten Zerstörung des armenischen Viertels in Urfa beteiligt. Major Boettrich unterstand die Eisenbahnlogistik im osmanischen Hauptquartier. Er organisierte die Deportation von Armeniern über die von deutschen Firmen errichtete und von der Deutschen Bank finanzierte Bagdadbahn. Zeitgenössische Quellen belegen, dass das diplomatische Personal in den Konsulaten und das Fachpersonal in anderen Einrichtungen bis in die schrecklichsten Einzelheiten über die Vernichtungsaktionen informiert waren.

Jahre später, 1919 begründete Bronsart von Schellendorff die Vernichtung:

„Der Armenier ist wie der Jude. Außerhalb seiner Heimat ein Parasit, der die Gesundheit des anderen Landes, in dem er sich niedergelassen hat, aufsaugt. Daher kommt auch der Hass, der sich in mittelalterlicher Weise gegen sie als unerwünschtes Volk entladen hatte.“

Nur ein einziges Mal kam der Völkermord im deutschen Reichstag zur Sprache: Der USPD-Abgeordnete Karl Liebknecht wollte mittels einer Kleinen Anfrage wissen, was die Reichsregierung gegen die Gräueltaten in der Türkei – der massenhaften Vertreibung der armenischen Bevölkerung – zu tun gedenke. Er wurde abgeblüht.

In einer Weisung der Kaiserlichen Regierung vom 7. Oktober 1915 heißt es: „Über die Armeniergräueltaten ist Folgendes zu sagen: Unsere freundschaftlichen Beziehungen zur Türkei dürfen durch diese innertürkische Verwaltungsangelegenheit nicht nur nicht gefährdet, sondern im gegenwärtigen, schwierigen Augenblick nicht einmal geprüft werden. Deshalb ist es einstweilen Pflicht zu schweigen. Später, wenn direkte Angriffe des Auslands wegen deutscher Mitschuld erfolgen sollten, muss man die Sache mit größter Vorsicht und Zurückhaltung behandeln und später vorgeben, dass die Türken schwer von den Armeniern gereizt wurden.“

In diesem Sinne verschweigt Klose die deutsche Mitverantwortung. Er steht nicht allein. Als der Zentralrat der Armenier eine Petition an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages richtete, den Genozid an den Armeniern durch einen förmlichen Parlamentsbeschluss zu verurteilen und die deutsche Mitverantwortung anzuerkennen, entgegnete der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechte und humanitäre Fragen im Außenamt, Gerd Poppe, dass es sich dabei „um eine bilaterale Angelegenheit zwischen Armenien und der Türkei“ handle und Deutschland gleichsam „unzuständig“ sei. (Schreiben vom 16.3.2001) Der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Cem Özdemir, hat sich mit Nachdruck in einem Beitrag für die FAZ vom 4.4.2001 gegen eine entsprechende Resolution ausgesprochen.

Das Auswärtige Amt hat auf seinen Internetseiten „Länderinformationen Armenien“ die offizielle türkische Sprachregelung übernommen: „1915–1917: Verfolgung und Vertreibung der Armenier durch die Jungtürken.“



Überlebende eines Massakers in einem armenischen Dorf trauern um die Getöteten

Die Welt kritisierte am 26.4.2003: „Es ist bedauerlich, dass die bundesdeutschen Politiker bis heute nicht den Mut haben aufbringen können, klar und unmissverständlich Position zu beziehen ... Der Deutsche Bundestag wäre gut beraten, wenn er alle bisher vorgebrachten Bedenken zurückstellt und eine interfraktionelle Resolution verabschiedet, in der die Mitverantwortung des deutschen Reiches am Genozid an den Armeniern anerkannt wird.“

Dagegen haben viele europäische und außereuropäische Länder vor Jahren diesen Schritt vollzogen –

jeweils begleitet von hochemotionalen Reaktionen der türkischen Öffentlichkeit. Als das französische Parlament den Genozid im Januar 2001 verurteilte, kam es zu heftigen Protestaktionen bis hin zu der Unterbrechung von Wirtschaftskontakten und zu öffentlichen Forderungen, französische Kulturveranstaltungen zu boykottieren.

Deutschland dagegen verhält sich zutiefst opportunistisch. Der Nato-Partner Türkei darf nicht verprellt werden. Man glaubt, Rücksicht nehmen zu müssen auf die in Deutschland ansässigen Türken, die durch eine solche Resolution brüskiert werden könnten. Deutsche Kapitalinteressen könnten gefährdet werden. Die Parteien fürchten um ihr türkisches Wählerpotential. Eine eindeutige Stellungnahme zum Genozid an den Armeniern fordert keine diplomatischen Abwägungen von Interessen – sie prüft die Stellung Deutschlands zu seiner eigenen Geschichte.

Es drängt sich die Vermutung auf, dass hier Völkermorde und seine Opfer mit zweierlei Maß bemessen und behandelt werden. Klose, der sich als damaliger Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses verweigerte, an Diskussionen über den Armeniergenozid teil zu nehmen, geht noch weiter: So wie er doppelzüngig argumentiert, missbraucht und instrumentalisiert er den Genozid an den Armeniern – über 1,5 Millionen Ermordete und unzählige Vertriebene –, um unterschwellig seine Ablehnung eines Beitritts der Türkei zur EU zu begründen. Nebenbei säubert er noch die deutsche Geschichte von der Verantwortung für zwei Völkermorde.

(Ein entsprechender Lesebrief wurde im *Abendblatt* nicht abgedruckt) *Christian Arndt, aus: Lokalberichte Hamburg*

Im Vorfeld des 8. Mai hat zwischen Regierung und Oppositionsparteien im Bundestag eine hektische Diskussion eingesetzt, wie man die von der NPD für die Gegend des Holocaust-Mahnmals und des Brandenburger Tors angemeldeten Demonstrationen (bisher sind Anmeldungen für den 7. Mai und den 8. Mai bekannt geworden) verhindern könne. Der folgende Beitrag beleuchtet aus Sicht einer Menschenrechtsorganisation die Diskussion um Eingriffe in das Versammlungsrecht, wie sie insbesondere von Innenminister Schily und der CDU/CSU befürwortet werden. Über die Position des Autors zum NPD-Verbotsverfahren kann man sicher streiten – schließlich scheiterten die Verbotsanträge vor dem Verfassungsgericht nur, weil die Innenminister von Bund und Ländern ihre zahlreichen V-Leute in der NPD weder abschalten noch dem Gericht offenbaren wollten. Schärfere Sanktionen, auch im Strafrecht, gegen die Verherrlichung des Nationalsozialismus und seiner Symbole wollte im letzten Bundestag nur die PDS-Fraktion. Selbst ein Sachverständiger der Berliner Staatsanwaltschaft hielt diese Anträge damals für juristisch „wasserdicht“ und praktikabel. Die Anträge scheiterten am Ende dennoch an der Ablehnung durch die rot-grünen Regierungsparteien. Wie berechtigt diese Anträge waren, zeigt die jetzige Debatte. rül

Nazi-Ideologie entgegenzutreten – Versammlungsrecht schützen

Am 8. Mai, dem 60. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus, wollen Neonazis unter Führung der NPD zum Brandenburger Tor marschieren – vorbei an dem neuen Mahnmal für die ermordeten Juden Europas, das sich ganz in der Nähe befindet. Derartige Opferverhöhnung und Geschichtsverfälschung muss alle empören, die noch irgendwie ethisch zurechnungsfähig sind. Solche Aufzüge erfordern den entschiedenen Protest einer wachen Zivilgesellschaft. Erfordern sie aber auch eine Verschärfung des Versammlungsrechts? Ich meine nein und befürchte, dass sich selbst Formulierungsvorschläge mit den besten Intentionen langfristig als Bumerang erweisen.

Bei Rechtsänderungen, die so elementare Grundrechte wie das der Demonstrationsfreiheit betreffen, ist höchste Vorsicht angezeigt. Mit gutem Grund hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Brokdorf-Urteil die Versammlungsfreiheit auf eine Stufe mit der Meinungsfreiheit gestellt, die es zu „den un-

entbehrlichen und grundlegenden Funktionselementen eines demokratischen Gemeinwesens“ zählt. „Sie gilt als unmittelbarster Ausdruck der menschlichen Persönlichkeit und als eines der vornehmsten Menschenrechte überhaupt, welches für eine freiheitliche demokratische Staatsordnung konstituierend ist.“ Das Grundrecht der Versammlungsfreiheit kommt naturgemäß ganz besonders Minderheiten zu Gute. Wer die öffentliche Meinung auf seiner Seite weiß, findet in der Regel geeignetere Möglichkeiten, sich zu äußern. Dass auch Demonstrationen stattfinden können, deren Inhalte für die überwältigende Mehrheit abwegig oder empörend sind, ist fast zwangsläufig und für sich genommen noch kein überzeugender Grund für einschränkende Gesetze. Auch wenn sich innerlich alles in mir sträubt: Die Qualität des Versammlungsrechts kann nicht in seiner Effektivität bemessen werden, die Falschen (und selbst die Falschesten der Falschen) von der Wahrnehmung der Versammlungsfreiheit auszuschließen.

Die starke Stellung des Demonstrationsrechts mit der grundsätzlichen Möglichkeit, Ort, Zeit und Art selbst bestimmen zu können, kommt schon seit einiger Zeit politisch unter Druck. Gerade in Berlin stört es z. B. Einzelhändler und Autofahrer, wenn der Verkehr nicht reibungslos fließt. Staatliche Organe mögen es nicht, wenn Demonstrierende an der Protokollstrecke die freundliche Repräsentation gegenüber Staatsgästen vermässeln. Da das Bundesverfassungsgericht solche Beschwerden natürlich nie als Rechtfertigungsgrund von Einschränkungen des Demonstrationsrechts akzeptieren würde, wird von manchen Parteien nun jede Nazizusammenrottung in beängstigender Dankbarkeit aufgegriffen, um an dem ungeliebten Grundrecht herumzuschneideln. Mal soll das Demonstrationsrecht insgesamt beschnitten werden, mal an bestimmten zentralen Orten. Bezeichnend sind die dehnbaren Verbotsgründe, die in manchen Entwürfen enthalten sind, etwa die „Beinträchtigung von Belangen der Bundesrepublik“. Dass solche Verschärfungen nicht nur Nazi-Demos treffen würden, liegt auf der Hand.

Eine andere Intention verfolgen freilich Vorschläge, die glaubhaft ausschließlich eine Verherrlichung des Nationalsozialismus verhindern und die Würde der Opfer besser schützen wollen. Dass es sich dabei um ein Rechtsgut handelt, das eine Einschränkung der Versammlungsfreiheit rechtfertigt, erscheint mir plausibel.

Bei aller Sympathie für das Anliegen sind aber auch solche Einschränkungs-vorschläge auf Erforderlichkeit, Risiken und Nebenwirkungen abzuklopfen, und zwar nicht nur juristisch, sondern auch politisch und gesellschaftlich.

Dass eine Veränderung des Versammlungsrechts nötig ist, um etwa die eingangs erwähnte NPD-Demo entlang des Holocaust-Mahnmals zu unterbinden, bezweifle ich. Wer an diesem Ort, zum 60. Jahrestag der Befreiung und unter dem Motto „Schluss mit dem Schuld-kult“ auftritt, verletzt so eindeutig die Würde der Opfer, dass der Versammlungsbehörde ein Verbot – zumindest dieser Route – nicht all zu schwer fallen dürfte. Im vergangenen Jahr ist des der Berliner Versammlungsbehörde bereits geglückt, eine NPD-Demonstration durch Kreuzberg mit dem Motto „Berlin bleibt deutsch – Weg mit islamischen Zentren“ gerichtsfest zu verbieten.

Ich gebe aber zu, dass Verbote von Nazidemonstrationen selten und schwierig sind. Aber würden die vorgeschlagenen Änderungen des Versammlungsgesetzes der Versammlungsbehörde tatsächlich die Mühen des Nachweises im Einzelfall ersparen? Und wären die neuen Kriterien nicht auch umgebar? Antisemitismus kann schließlich auch in anderer Form transportiert werden als mit einer eindeutigen Verherrlichung der NS-Vergangenheit, etwa in Form des Antizionismus. Die Flexibilität und Wandelbarkeit von Strategien, Begriffen und Symbolen der neuen Nazis ist nicht zu unterschätzen. Dieses Problem ist m. E. auch nicht in den Griff zu bekommen, indem man nicht nur auf eine Verherrlichung, sondern schon auf eine erwartbare Verharmlosung des Nationalsozialismus abstellt. Wie soll die Versammlungsbehörde das mit der Präzision feststellen, die für ein Verbot letztlich notwendig wäre? Und lässt sich nicht auch der Totalitarismusbegriff (und sogar der Faschismusbegriff) benutzen, um etwa die Singularität von Auschwitz in Abrede zu stellen? Ist es nicht schon eine Verharmlosung des Naziterrors, wenn in der „Neuen Wache“ (in deren Umgebung die CDU ein Demoverbot zum Schutz des würdigen Angedenkens gefordert hat) die im KZ ermordeten Juden und andere „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ (z. B. „Gefallene der Weltkriege“) in den gleichen Topf geworfen werden? Sind das wirklich Fragen, über die Behörden und Gerichte entscheiden sollen, statt sie zum Gegenstand einer offenen und offensiven politischen Auseinandersetzung zu machen?

Meines Erachtens können auch die besten Versuche, mit Verschärfungen des Versammlungsrechts nur die Nazis effektiv zu treffen, dem folgendem Dilemma nicht entgehen: Entweder sie sind leicht zu umgehen oder sie operieren mit so unbestimmten Begriffen, dass sie die Meinungsfreiheit insgesamt beschädigen und damit eigentlich nicht verfassungsgemäß sind.

Karlsruhe stellt hohe Anforderungen an die Bestimmtheit, wenn es um die Rechtfertigung von Grundrechtseingriffen geht. Unter Verfassungsrechtlern

ist zudem umstritten, ob Sonderregelungen in Bezug auf Nazidemos zulässig sind. Die Verschärfung ist also riskant.

Folgendes Worst-Case-Szenario ist leider nicht unwahrscheinlich: Zunächst lähmt ein Hickhack unter den demokratischen Parteien die Auseinandersetzung mit dem real existierenden Neonazismus. Die Debatte verengt sich auf Formulierungen des Versammlungsgesetzes. Da die CDU im Bundesrat weitreichende Formulierungen fordert, Rot-Grün sich aber schon unter Zugzwang gesetzt hat, angesichts des Nazispektakels gesetzgeberisch tätig zu werden, wird irgendwann irgendeine murxige Gesetzesänderung beschlossen – und schließlich vom Bundesverfassungsgericht kassiert. Ein größerer Erfolg für die NPD wäre kaum vorstellbar, sie hätte dann – wieder einmal – alle vorgeführt.

Die Erfahrung mit dem Verfahren zum NPD-Parteiverbot sollte uns zu denken geben. Nicht nur wegen des Scheiterns – schon der Versuch war ein Fehler. Abgewürgt wurde damals eine gerade begonnene gesellschaftliche Diskussion über die Ursachen rassistischer Einstellungen, die den Nährboden für rechten Terror bilden, aber viel breiter verankert sind. Ich befürchte, dass wir jetzt in die gleiche Falle tappen. Ist erst das Versammlungsrecht gleichsam als Schuldiger ausgemacht, kümmert sich niemand mehr um die Strukturen, die Neonazis jenseits spektakulärer Aufmärsche aufgebaut haben oder um ganze Regionen mit rechter Jugendkultur. Kaum jemand thematisiert noch das Verhältnis zum alltäglichen Rassismus, zur zunehmenden Relativierung der Shoah bis weit in die Wählerschaft anderer Parteien.

Ein „Tabu“ ist Antisemitismus in der Bundesrepublik schon lange nicht mehr, wenn es denn je eines gewesen ist. Der Antisemitismus ist ein reales Problem, dessen widerlichste sichtbare Manifestation derzeit NPD-Demos sein mögen. Das Problem werden wir aber nicht dadurch los, dass wir es peinlich vor den Augen der Weltöffentlichkeit verbergen.

Das Bundesverfassungsgericht sieht eine Funktion der Versammlungsfreiheit auch darin, gesellschaftliche Fehlentwicklungen sichtbar zu machen. Das bedeutet nicht, dass wir uns mit den unsäglichen Nazidemos abfinden müssen. Ganz im Gegenteil: Wir müssen ihnen entschieden entgegenreten – durch lauten Protest, offensive Thematisierung, Aufklärung, politische Arbeit. Den Schutz der Demokratie können wir eben nicht einfach der Staatsgewalt überlassen.

Roland Otte. Der Autor ist Berliner Landesvorsitzender der Humanistischen Union. Vorabdruck eines Beitrags aus den HU-Mitteilungen, entnommen von der Homepage der HU www.humanistische-union.de

4./5. März. Stuttgart. Attac-Europa-Konferenz: EU global – fatal?!. Näheres: www.attac.de

19. März, europaweit. Demos gegen Krieg, Rassismus und Neoliberalismus. Aktionstag des Europäischen Sozialforums. Zentrale Demonstration in Brüssel.

3./4. April. Frankfurt. Jahresversammlung Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften. Vorbereitung der Mitgliederversammlung. Haus der Jugend, Deutschherrnufer 12, Beginn 12 Uhr.

9./10 April. Berlin. Internationale Konferenz NS-Opfer entschädigen – Täter bestrafen. Sie wird organisiert von Arbeitskreis Distomo (Hamburg), Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege (NRW), Support vor Survivors of Nazi Persecution International (Baltimore/ Köln).

23./24. April. Köln. Kommunalpolitische Konferenz der PDS. Nach Offenbach 2003 und Sömmerda 2004 treffen sich die PDS-Kommunalpolitiker/-innen dieses Mal in Köln. Aus mehreren Gründen: Zum einen soll die Konferenz ein Angebot an die vielen neuen PDS-Kommunalabgeordneten in NRW sein (natürlich auch an alle anderen!), zweitens wollen wir die Genoss/-innen in NRW mit dieser Konferenz bei ihrem Landtagswahlkampf unterstützen. Außerdem soll in Köln die Debatte um die Kommunalpolitischen Leitlinien und um politische und strategische Schwerpunkte linker Kommunalpolitik weitergeführt werden. Mit dabei unter anderen: Lothar Bisky, Dagmar Enkelmann, Katrin Kunert und die Autor/-innen der Kommunalpolitischen Leitlinien. Anmeldung

Jahreshauptversammlung des Forums kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

Samstag 2. April bis Sonntag, 3. April 2005, Beginn 12 Uhr

Diesmal nicht an Palmsonntag und an anderem Ort, in

Frankfurt am Main!

Haus der Jugend, Deutschherrnufer 12.

Samstag, 2. April:

12 Uhr Anmeldung, 12.30 Uhr: Beginn der Tagung
bis 15 Uhr: Referat + Diskussion mit Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, MdEP (angefragt): **Antimilitarismus und Friedenspolitik angesichts der kommenden EU-Verfassung**
15 bis 15.30: Uhr: Kaffeepause
15.30 bis 16.30: Fortsetzung der Diskussion
16.30 bis 17 Uhr: Finanzbericht 2004, Bericht der Finanzprüfungskommission, Entlastung des Arbeitsausschuss
17 bis 18 Uhr: Politische Berichte: Bericht der Herausgeber, Auflagenentwicklung, Finanzbedarf; Wahl der Herausgeber und der Redakteure
18 bis 19 Uhr: Beschlussfassung über den Haushalt 2005, Wahl von Präsidium, Arbeitsausschuss und Finanzprüfungskommission
Abendessen

Sonntag, 3. April

9 bis 10.45 Uhr: Publikationsprojekt „Prozesse linker Parteibildung“ (Arbeitstitel)
10.45 bis 11 Uhr: Kaffeepause
11 bis 12 Uhr: Kommunalpolitische Leitlinien der PDS: Aktueller Diskussionsstand

Abreise bitte erst ab ca. 13 Uhr planen!
Änderung im Ablaufplan sind möglich.
Präsidium der Arbeitsgemeinschaft

KOMMUNALPOLITISCHE LEITLINIEN

Kommunalpolitische Konferenz der PDS

23./24. April 2005 im Bürgerzentrum Köln-Ehrenfeld

Bürgerkommune – was verstehen wir genau darunter? **Mehr Demokratie von unten** – wie setzen wir das durch? **Kommunale Selbstverwaltung ausbauen** – geht das überhaupt noch angesichts knapper kommunaler Kassen? **Soziale Kommune** – gibt es dafür noch Spielräume im ersten Jahr von Hartz IV?

bitte bei: Alexander King, Tel. 030/24009 363, Fax 030/24009 624, alexander.king@pds-online.de. Jeder/jede angemeldete Konferenzteilnehmer/-in bekommt rechtzeitig per Email oder Post die Tagungsunterlagen zugeschickt.

6. Mai, Köln. Bundesparteitag der FDP

25. bis 29. Mai. Hannover. Evangelischer Kirchentag

17./18. Juni. Strategiekonferenz der PDS. Sozialismus im 21. Jahrhundert, Strategie des Wandels – Wandel der Strategien

21. bis 24. Juli. Erfurt. Bundesweites Sozialforum. In zahlreichen Workshops sollen Lösungen gefunden werden unter anderem zu den Themenschwerpunkten „Arbeit und Menschenwürde“, „Menschenrechte und politische Teilhabe“ oder „Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt“. 36 Organisationen hätten bereits ihre Unterstützung zugesagt, teilte der DGB Thüringen als einer der Veranstalter mit.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2005	Mai	NRW	Landtag	22.5.	5 Jahre
2006	Frühj.	Hessen	Kommunal		5 Jahre
	März	Baden-Württemberg	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Rheinland-Pfalz	Landtag	26.3.	5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Niedersachsen	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	alle Länder	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Meck.-Pomm.	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Berlin	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundeswahlleiter.de